Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Nachdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. Juni 1930

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Das neue Deckungsprogramm.

SPD. Was am Sonnabend im Reichsrat vom Reichskanzler Dr. Brüning und vom Reichsfinanzminister Dietrich zur Begründung ihres neuen Programms gesagt worden ist, enthält in dem finanzpolitischen Teil einige Gedankengänge, denen wir durchaus zustimmen können.

Mit der Reichsregierung ist die Sozialdemokratie der Auffassung, dass unter allen Umständen die jetzt sichtbaren Fehlbeträge in der Reichskasse und bei der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden müssen. So schwierig diese Aufgabe auch sein mag, so notwendig ist ihre Lösung. Würde man den Ratschlägen derer folgen, die sich nur von der Absicht leiten lassen, durch eine noch stärkere Zerrüttung der öffentlichen Finanzen den weiteren Abbau der Sozialpolitik sowie der Gehälter und Löhne zu fördern, so würde das alle Möglichkeiten lähmen, das Vertrauen zur öffentlichen Hand und zur Wirtschaftskraft des deutschen Volkes wieder herzustellen und damit die Wirtschaftskrise zu lindern. Gesunde öffentliche Finanzen sind nun einmal notwendig, um das Vertrauen des In- und Auslandes zu erhalten, um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen und um jene Massnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise einzuleiten, für die die Kapitalien auf dem Anleihewege beschafft werden müssen.

Aber es ist nicht richtig, wenn der Reichskanzler meint, zur Deckung des Fehlbetrages ständen nur die von der Regierung vorgeschlagenen Möglichkeiten zur Verfügung. Richtig ist, dass eine weitere Anspannung der Verbrauchssteuern, auch der Umsatzsteuer, während der Wirtschaftskrise keine Mehrerträge liefert und die Absicht der Senkung der Preise aufs schärfste durchkreuzt. Das gilt aber nicht für die direkten Steuern und zwar weder für die Einkommensteuer noch für andere Steuern auf den Besitz. Noch vor kurzem hat die Regierung mit dem Hinweis auf die Kapitalflucht und andere wirtschaftliche Gefahren jede Erhöhung der Einkommensteuer auf das schärfste bekämpft. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung schlägt sie jetzt einen Zuschlag von 5 Proz. für die Einkommen über 8000 Mark jährlich vor. Ist aber das Argument, man müsse auf die Steuerscheu jener Kreise Rücksicht nehmen, die ihre Gelder ins Ausland bringen können grundsätzlich fallen gelassen, dann ist nicht einzusehen, warum nicht statt des Zuschlages von 5 Proz. der Zuschlag von 10 Prozent erhoben wird, der einen einigermassen erträglichen Ausgleich für die starken Belastungen anderer und zwar wirtschaftlich schwächerer Kreise darstellt.

Viele schöne Worte sind über die Notwendigkeit der Senkung der Preise gesprochen worden. Aber mit dem Hinweis allein ist es ebenso wenig getan, wie mit der Hervorhebung der Schwierigkeiten, diese Preissenkung durchzusetzen. Selbst die wenigen Möglichkeiten, die Senkung der Preise zu erzwingen, wurden überhaupt nicht erwähnt. Kein Wort wurde gesagt über die Anwendung der Kartellgesetzgebung zum Druck auf die Preise der Kartelle und Monopole. Kein Wort darüber, dass die Zollgesetzgebung eine wichtige Waffe sein kann in der Hand einer Regierung, die die Preissenkung wirklich will. Und während man sonst aus-

serordentlich gierig ist nach Ermächtigungen, die der Regierung freie Bahn verschaffen, ist von einer Ermächtigung zur Senkung von preiserhöhenden Zöllen keine Rede. Und was soll man schliesslich dazu sagen, dass die Ausnahmesteuer auf die Grossbetriebe des Kleinhandels, durch die die Preise künstlich erhöht werden und deren Beseitigung den Weg zu der entscheidenden Senkung der Preise im Kleinhandel einleiten könnte, selbst bei einem demokratischen Finanzminister aus Angst vor zwei Dutzend hirnverbrannter Mittelständler ein Kräutlein Rührmich-nicht-an ist! Unter diesen Umständen wird die Preissenkung kaum nennenswerte Fortschritte machen können.

Der neue Finanzminister stellt allerdings in Aussicht, dass er vor drakonischen Sparmassnahmen nicht zurückschrecken wird. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der nur 15 bis 20 Millionen einsparen wollte, stellt er Ersparnisse in Höhe von 100 Millionen für das Jahr 1930 in Aussicht. Das könnte als ein Fortschritt angesehen werden, wenn Herr Dietrich so freundlich wäre, zu sagen, wo er diese Ersparnisse durchführen will. Aber das tut er nicht. Er verlangt eine Ermächtigung für die Reichsregierung, nach eigenem Ermessen diese Beträge am Etat abzustreichen. Nicht einmal andeutungsweise sagt er etwas darüber, welche Ausgaben denn nun von der Sparaktion betroffen werden sollen. Kann jemand daran zweifeln, dass unter diesen Umständen die Befürchtung gerechtfertigt ist, die Ersparnisse würden nicht an den militärischen Ausgaben und nicht an den Stellen vorgenommen werden, wo die Interessen einflussreicher Kreise in Frage kommen? Daher ist eine solche Ermächtigung, die auch aus etatpolitischen und etatrechtlichen Erwägungen überaus bedenklich ist, doch kaum etwas anderes als die verschleierte Absicht einer weiteren Kürzung des Sozialetats.

In der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning fand sich ein bemerkenswertes Zugeständnis. Er sagte, hätte man im vorigen Jahr rechtzeitig die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge vorgenommen, so würde das Defizit der Reichsanstalt jetzt nicht durch eine so gewaltige Erhöhung der Beiträge gedeckt werden müssen. Er folgerte daraus zutreffend: "Alles, was in einem entscheidenden Augenblick versäumt wird, muss später mit erheblich höheren Lasten nachgeholt werden." Gilt das nicht aber auch von den jetzigen Finanzplänen der Reichsregierung? Sie tragen den Interessen der besitzenden Kreise ganz offen Rechnung. Unzureichender Zuschlag zur Einkommensteuer der hohen Einkommen, Freilassung der Festbesoldeten mit hohem Einkommen in der Privatwirtschaft, Freilassung der Aufsichtsratsbezüge, die ursprünglich zur Reichshilfe herangezogen werden sollten, sind das nicht alles Anhaltspunkte dafür, dass man trotz schwerster Lasten für die Masse des Volkes die Leistungsfähigen schonen will?

Das Programm der Reichsregierung hat zwar kleine Anleihen bei den Richtlinien der Sozialdemokratie gemacht. In den entscheidenden Punkten aber geht die Regierung andere Wege. Trotz richtiger Erkenntnis der Notlage von Volk und Staat scheut sie einstweilen noch vor jenen Massnahmen zurück, ohne die eine wirkliche Gesundung nicht zu erzielen ist.

SPD. Stuttgart, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

In der sozialdemokratischen "Schwäbischen Tagwacht" schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Keil zu der von bürgerlichen Blättern aufgeworfenen Frage, ob die Sozialdemokratie geneigt sei das Kabinett Brüning bei der Durchführung seines Programms zu unterstützen, u.a. folgendes :

"Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem noch einmal auf Grund genauester Einblicke und Informationen festgestellt werden muss, dass es Herr Brüning höchst persönlich war, der das Kabinett Hermann Müller zielbewusst zum Scheitern gebracht hat. Es wäre falsch, ihn deshalb anzuklagen. Es ist das gute Recht jedes Politikers, die Politik zu treiben, die er für zweckmässig hält. Es ist aber ebenso das gute Recht der Sozialdemokratie, dem gegnerischen Gerede von der "Flucht aus der Verantwortung" und von dem "dummen Streich", den

sie gemacht habe, ein Ende zu bereiten. Unantastbare Wahrheit ist folgendes :

Bei den wochenlangen Verhandlungen im Februar und März über die Deckungsvorschläge des Kabinetts Müller verhielt sich Herr Brüning, der Finanzsachverständige des Zentrums, dauernd höchst reserviert. Der sozialpolitische Führer des Zentrums, Abgeordneter Esser, nahm in dem Streit zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei um die Arbeitslosenversicherung eine auf Vermittlung abzielende verständige Haltung ein. Als 48 Stunden vor dem Sturz des Kabinetts ein ernsthafter Versuch der Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in der Arbeitslosenfrage gemacht wurde, der Erfolg zu versprechen schien, da wurde Herr Brüning plötzlich aktiv. Er nahm Partei nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen seinen Freund Esser und entwarf selbst eine Kompromissformel, die den Wünschen der Deutschen Volkspartei entsprach. Herr Esser rückte von dieser Formel ab und erschien nicht mehr bei den weiteren Besprechungen. Die Sozialdemokratie konnte diese Formel noch weniger akzeptieren als Herr Esser, und so erreichte Herr Brüning sein Ziel. Ehe noch Herr Brüning seine Formel am späten Nachmittag des 26.März abfasste, gab er einem seiner Freunde in der Wandelhalle des Reichstags zu verstehen, dass eine Einigung nicht mehr möglich sei und dass er eigentlich schon an diesem Tage hätte Schluss machen wollen, nun aber die Entscheidung noch um einen Tag verschiebe. Diese Worte fielen am Mittwoch, den 26.März, etwa 5 Uhr nachmittags. Schon am Tage zuvor wurde von Mitgliedern des Fraktionsvorstandes des Zentrums mitgeteilt, dass Herr Brüning der designierte Kanzler sei.

Als dann am folgenden Tage, Donnerstag, den 27.März, nach der ablehnenden Entscheidung der Sozialdemokratie das Kabinett Müller zurückgetreten war, konnte man von Mitgliedern des Zentrumsvorstandes wenige Minuten später bereits hören, dass ein Kabinett mit Treviranus und Schiele gebildet werde, und dass auf Grund von Verhandlungen schon feststehe, dass mit Schiele 48 oder 49 Deutschnationale sich von Hugenberg trennen würden. In Gruppenbesprechungen sei dies bereits festgestellt worden. Treviranus erklärte am Freitag vormittag, dass längst alles vorbereitet sei zur Bildung eines fraktionsmässig nicht gebundenen Kabinetts. Etwa 48 oder 49 deutschnationale Abgeordnete würden ein Misstrauensvotum gegen das neue Kabinett ablehnen.

Aus diesen Tatsachen, die im einzelnen noch ergänzt werden können ergibt sich mit aller Klarheit, dass Herr Brüning wenigstens in den letzten Tagen der Lebendauer des Kabinetts Müller zielklar auf dessen Sturz hingearbeitet hat. Nun arbeitet er seit drei Monaten mit seinem neuen Kabinett. Er hat üble Erfahrungen machen müssen. Nicht nur in seinem Innern, auch in Gesprächen mit politischen Persönlichkeiten hat er des öfteren zugegeben, dass er sich verspekuliert habe. Seine neuen Koalitionsgenossen bilden eine höchst heterogene, unzuverlässige Gesellschaft. Aber es wäre ein grosser Irrtum des Herrn Brüning wenn er glauben sollte, dass er erst die Sozialdemokratie brüskieren und ausschalten könne, um sie nachher als Lückenbüsser für die unsicheren Kantonisten heranzuholen. Wozu noch kommt, dass das neue Programm Brünings nicht nur in seinem sozialpolitischen Teil, der undiskutabel ist, von der Sozialdemokratie erst sehr scharf geprüft werden muss."

SPD. Nach der Vorlage, die die Reichsregierung dem Reichsrat unterbreitet hat, rechnet sie mit einem durch neue Einnahmen zu deckenden Fehlbetrag von 485 Millionen Mark. Dabei sind die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozent mit einem Ertrag von 194 Millionen für die restlichen acht Monate des Jahres 1930 und die Ersparnisse in Höhe von 115 Millionen, die durch den Abbau der Leistungen erzielt werden sollen, bereits abgezogen. Der Fehlbetrag setzt sich zusammen :

1. für die Arbeitslosenversicherung	174 Millionen
2. für die Krisenfürsorge	161 "
3. Mindereinnahmen bei den Steuern	150 "

Dieser Fehlbetrag soll folgendermassen gedeckt werden:

1. Zuschlag zur veranlagten Einkommensteuer	58	Millionen
2. Ledigensteuer	110	"
3. Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes	135	"
4. Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer	48	"
5. Aus Haushaltsabstrichen	135	"

In einer zweiten Vorlage über eine Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und über einmalige ausserordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1930 sind die Bestimmungen über die Reichshilfe, den Zuschlag zur Einkommensteuer, der höheren Einkommen und über den Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen enthalten. Alle Massnahmen sind für die Zeit bis zum 31.März 1931 befristet.

Von der Reichshilfe werden erfasst: 1. die Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder und der Gemeinden, der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Reichsbahn und die Soldaten. 2. Die Beamten und Angestellte der Unternehmungen, die überwiegend in öffentlicher Hand sind. 3. Die Pensionäre, Wartestandsbeamten und Empfänger von Hinterbliebenenbezügen der zu 1) und 2) bezeichneten Körperschaften. 4. Diejenigen höheren Beamten und Angestellten der zu 1) und 2) genannten Körperschaften, die nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen und Bezüge mit mehr als 8 400 Mark jährlich erhalten, soweit sie nicht schon nach 1 - 3 herangezogen werden.

Die Festbesoldeten der Privatwirtschaft sollen also von der Reichshilfe nicht erfasst werden. Ebenso ist die ursprüngliche Absicht der Heranziehung der Aufsichtsratsmitglieder mit ihren Tantiemen und Gratifikationen fallen gelassen worden.

Die Abgabe soll für alle Einnahmen erhoben werden, die nach dem 31.Juli 1930 gewährt werden. Bei ihrer Berechnung bleiben ausser Ansatz die Kinderzulagen in Höhe von 240 Mark jährlich und bei Angestellten, deren Einnahmen den Betrag von 8 400 Mark jährlich nicht übersteigen, der Betrag von 3 600 Mark jährlich. Von der Reichshilfe sind befreit Personen, deren Einnahmen 2 000 Mark jährlich nicht übersteigen und die Angestellten, sofern sie nicht ein Jahr hindurch in Beschäftigung gestanden haben. Die Reichshilfe beträgt 2½ Prozent. Sie fliesst ausschliesslich dem Reich zu.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 8 000 Mk. wird auf 5 Prozent festgesetzt. Er ist in zwei gleichen Beträgen am 10.Oktober 1930 und 10.Oktober 1931 zu entrichten.

Dem Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen unterliegen auch die Pflichtigen mit Einkommen unter 8000 Mark und zwar sowohl bei der veranlagten Einkommensteuer als auch bei der Lohnsteuer. Bei ihnen wird die erhöhte Belastung auf zwei Wegen erreicht: einmal in einem Wegfall der Abschläge, also der seit 1928 eingeführten Ermässigung von 25 %, im Höchstfalle von 36 Mark jährlich und zweitens in einem Zuschlag von 10 % zur Einkommensteuer. Während der Wegfall der Abschläge alle Steuerpflichtigen belastet, wird der Zuschlag von 10% nur erhoben, wenn der Arbeitslohn 2 640 Mark jährlich (220 Mark monatlich) übersteigt, bei der veranlagten Einkommensteuer, wenn das Einkommen höher ist als 2 160 Mark jährlich.

SPD. Eisenach, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

In seiner letzten Sitzung nahm der Eisenacher Stadtrat eine sozialdemokratische und eine demokratische Entschliessung gegen die in Thüringen betriebene Judenhetze der Nationalsozialisten an.

In der gleichen Sitzung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, angesichts der Befreiung des Rheinlands zwei Strassen und einen Platz nach Ebert, Stresemann und Rathenau zu benennen. Der rechts eingestellte Ober-

bürgermeister Dr. Janson versuchte die Annahme des Antrages mit dem Hinweis zu verhindern, dass er sich vorbehalte, aus Gründen stadtgeschichtlicher Vergangenheit und aus verkehrstechnischen Rücksichten einen entsprechenden Beschluss des Stadtrats zu beanstanden. Nach dem thüringischen Wegegesetz steht jedoch dem Stadtrat die Strassenbenennung zu. Inzwischen hat der Putschist Frick eine Ermächtigungsverordnung herausgegeben, nach der ab 1.Juli nur noch dem Stadtvorstand das Recht der Benennung von Strassen zusteht. Damit soll offenbar verhindert werden, dass in den Städten Strassenbenennungen nach bekannten republikanischen Staatsmännern erfolgen.

SPD. Leipzig, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in der Streitsache Reich gegen Thüringen betr. den Gebeterlass des Thüringer Volksbildungsministers Verhandlung auf den 11.Juli 1930 anberaumt. Am gleichen Tage wird der Staatsgerichtshof über den thüringischen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Weiterzahlung der Polizeizuschüsse befinden.

SPD. Dresden, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

An der von der Deutschnationalen Volkspartei für Sonnabend einberufenen Besprechung über die Regierungsbildung in Sachsen nahmen ausser der Demokratischen Partei auch die Deutsche Volkspartei nicht teil, da sich erst der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei mit der durch die Wahlen in Sachsen geschaffenen Lage beschäftigen müsse. Die Volksnationale Vereinigung hat die Beteiligung an der Besprechung mit der Begründung abgelehnt, dass sie in der nationalsozialistischen Presse schwer verunglimpft worden sei und es daher für unter ihrer Würde halte, sich mit den Vertretern dieser Partei an einen Tisch zu setzen.

Die Besprechungen mussten angesichts der Absagen an die Deutschnationalen ergebnislos verlaufen. Immerhin - so wird erklärt - seien die Teilnehmer in dem Ziel der Bildung einer "marxistenfreien" Regierung einig und würden dieses Ziel weiterverfolgen. Die am Sonnabend nicht erschienenen Parteien sollen nochmals zu einer Besprechung eingeladen werden, die für Dienstag vorgesehen ist.

SPD. Stuttgart, 28.Juni (Eig.Drahtb)

Die grosse elektrotechnische Fabrik Robert Bosch in Stuttgart-Feuerbach will wiederum 300 Arbeiter entlassen, nachdem in den letzten Wochen bereits 700 entlassen wordensind. Im übrigen beabsichtigt das Werk 3 bis 4tägige Kurzarbeit einzuführen.

SPD. Bochum, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Betriebe der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie haben allgemein ihren Angestellten gekündigt, um den vorgesehenen Abbau der übertariflichen Gehälter vornehmen zu können. Von der Massnahme werden etwa 30 000 Angestellte betroffen.

SPD. Paris, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Antwort der spanischen Regierung auf das Briandsche Europa-Memorandum, die inzwischen am Quai d'Orsay eingetroffen ist, umfasst sechs Schreibmaschinenseiten. Spanien erklärt sich prinzipiell bereit, an der für September geplanten "europäischen Konferenz" teilzunehmen und mit den anderen Ländern hinsichtlich der von Briand formulierten Ideen den Kontakt aufzunehmen, formuliert aber gleichzeitig einige Vorbehalte. Sie betreffen zunächst die besonderen Beziehungen zwischen Spanien und den lateinamerikanischen Ländern, denen Spanien stets Rechnung tragen müsse. Die übrigen Vorbehalte sind allgemeiner Natur: Wahrung der "absoluten Souveränität und vollkommener Unabhängigkeit" jeden Staates, Anpassung jeder Form der europäischen Zusammenarbeit an den Völkerbund und schliesslich die Forderung, dass die neue Körperschaft sich gegen keinen ausserhalb stehenden Staat und keine Staatengruppe richtet.

Der eigentliche negative Teil der spanischen Antwort, die in der höflichsten Form gehalten ist, und die Briand wiederholt die besonderen Sympathien Spaniens ausdrückt, liegt nicht in diesen sachlichen Vorbehalten, sondern in gewissen, zweimal wiederkehrenden Wendungen, die zwar in sehr verkapselter Form, aber doch ziemlich unzweideutig die Meinung zum Ausdruck bringen, dass zur Lösung der Aufgaben, die Briand für das "europäische Komitee" vorsieht, der Völkerbund im Grunde genommen völlig genüge und die Schaffung neuer Körperschaften überflüssig sei.

SPD. Aus Anlass der Rheinlandräumung hat die Preussische Staatsregierung an die Bevölkerung der befreiten rheinischen Gebiete folgenden Aufruf erlassen :

Die Preussische Staatsregierung grüsst in der Stunde der Räumung die befreiten Brüder am Rhein. Wenn die vorzeitige Räumung erreicht worden ist, so ist das in erster Linie ein Erfolg der treuen Vaterlandsliebe, des unerschütterlichen Glaubens an die deutsche Zukunft und des zähen Abwehrwillens der Bevölkerung. Diese Vaterlandsliebe hat Männer und Frauen aller Schichten und Berufe, aller politischen und weltanschaulichen Gruppen des bisher besetzten Gebietes zu unerhörten Opfern an Leben, Freiheit, Gesundheit und Vermögen befähigt. Das ganze deutsche Volk und mit ihm die Preussische Staatsregierung dankt dem Rheinlande für diese Treue zu Reich und Preussen und wird sie nicht vergessen.

Unser Dank gilt auch den erfolgreichen Staatsmännern, die, fest gestützt auf die Standhaftigkeit und die unbeirrbare Treue der Bevölkerung, sich für die Befreiung des Rheinlandes mit ihrer ganzen Kraft eingesetzt haben und durch ihre Politik den Weg in die Freiheit schon jetzt bahnen konnten.

An diesem Freudentage fehlen in unseren Reihen die Volksgenossen an der Saar. Wir finden uns mit ihnen in wechselseitiger Treue und in dem festen Vertrauen, dass die Kräfte, die dem Rheinlande die Freiheit wiedergegeben haben, auch sie in naher Zukunft wieder mit ihrem Vaterlande vereinigen werden. Der Erfolg des Ringens der letzten 12 Jahre, die Rettung des deutschen Rheins und unseres grössten nationalen Gutes, der Einheit des Reiches, berechtigt uns zu dem zuversichtlichen Glauben an eine bessere Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Republik.

Berlin, den 30.6.1930.

Namens der Preussischen Staatsregierung
Dr. h.c. B r a u n
Ministerpräsident.

\+ + +

Anm.f.d.Red.: Nicht vor Dienstag zu veröffentlichen.

SPD. Karlsruhe, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Wahlkreisgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe bezeichnet die Nachricht, dass der badische Wahlkreis seinen Abgeordneten, Reichsaussenminister Dr. Curtius, aufgefordert habe sein Mandat niederzulegen, falls die Volkspartei aus der Regierung ausscheide, er jedoch im Amte zu bleiben beabsichtige, als frei erfunden. Der badische Wahlkreis, der sich in ständiger Fühlungnahme mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius befinde, lege Wert darauf, dass Herr Dr. Curtius das Verbleiben in der Fraktion und der Regierung ermöglicht wird.

SPD. Der Reichsrat hat am Sonnabend das Verschlechterungsgesetz gegen die Krankenkassen angenommen. Er hat die Gebühr für einen Krankenschein von 1.-- Mark auf 50 Pfg. herabgesetzt, den vorgesehenen Beitrag zu den Arzneikosten jedoch belassen.

SPD. Paris, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Reparationskommission hat in Erfüllung einer ihrer letzten Pflichten in einer am Sonnabend abgehaltenen Sitzung von der Hinterlegung der Urkunden über die Ratifikation der Haager Abkommen durch Österreich Kenntnis genommen. Damit sind zugleich die Beziehungen zwischen Österreich und der Reparationskommission erloschen. Ungarn und Bulgarien dürften gleichfalls in den nächsten Tagen die Ratifikationsurkunden hinterlegen, womit die Reparationskommission offiziell zu existieren aufgehört haben wird.

SPD. Der "Demokratische Zeitungsdienst" bemerkt zu den Deckungsplänen der Regierung :

"Soweit sich aus den bisherigen Mitteilungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers ergibt, weichen die neuen Vorlagen in wesentlichen Punkten von den früheren Deckungsvorschlägen ab. Es ist unverkennbar, dass starke Verbesserungen im Sinne der Wünsche und Anregungen der Demokraten erfolgt sind. Das gilt im besonderen für die Einsparungen im Reichshaushalt, die in einem ganz anderen Masse durchgeführt werden sollen, als das bei den früheren Vorschlägen angekündigt war. Das gilt auch für die Reichshilfe der Beamten, bei der jetzt der Versuch unternommen ist sie einzubauen in ein allgemeines Opfer aller Schichten, zudem werden die jetzt vorgeschlagenen Massnahmen als Notmassnahmen charakterisiert und sind infolgedessen zeitlich begrenzt worden. Die natürliche Folge muss die weitere Vorlage eines grosszügigen Finanzprogramms sein, dessen Notwendigkeit der neue Reichsfinanzminister Dietrich anerkannt hat. Andererseits bestehen innerhalb der Demokratischen Reichstagsfraktion eine Reihe lebhafter Bedenken im Hinblick auf die Fraktionsforderungen, die nicht oder nur unzulänglich erfüllt worden sind. Es wird demgemäss noch eine genaue Prüfung erforderlich sein, wie weit den Grundsätzen der sozialen Notwendigkeit und der sozialen Gerechtigkeit im Hinblick auf den Ausgleich zwischen Beamten Reichshilfe und Einkommensteuerzuschläge Rechnung getragen worden ist. Die Demokraten beharren auf ihrer alten Forderung, dass Steuererhöhungen jetzt nur tragbar sind, wenn gleichzeitig die baldige Durchführung der Finanz- und Reichsreform gesichert ist."

Eine offizielle Äusserung von volksparteilicher Seite liegt noch nicht vor. In Regierungskreisen glaubt man jedoch, dass schliesslich auch die Volkspartei den Deckungsplänen zustimmen wird.

SPD. Stuttgart, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Finanzausschuss des Württembergischen Landtages beschloss am Sonnabend der evangelischen Landeskirche aus Anlass der 400jährigen Gedächtnisfeier der Augsburger Konfession ein Geschenk von 100 000 Mark zu machen. Angesichts der Not von Staat und Gemeinden lehnte die Sozialdemokratie es ab, dem Geschenk ihre Zustimmung zu geben.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Botschafterkonferenz hat der Deutschen Botschaft in Paris notifiziert, dass die Besetzung der rheinischen Gebiete am 30.Juni um Mitternacht beendet ist und damit auch die Tätigkeit der Rheinlandkommission ihr Ende erreicht.

SPD. Genf, 28.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Arbeitskonferenz hat am Sonnabend mit 86 gegen 31 Stimmen die Konvention über die Arbeitszeit der Handels- und Büroangestellten angenommen. Die Arbeitergruppe liess eine Erklärung abgeben, dass sie den Konventionstext mit seinen vielen Ausnahmebestimmungen für unbefriedigend halte. Sie stimme ihm jedoch aus der Erwägung zu, dass damit zum ersten Male in einer internationalen Konvention auch für die Angestellten der Grundsatz des Achtstundentages anerkannt werde.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm am Sonnabend mit 12 gegen 10 Stimmen den englischen Antrag auf Revision der Konvention über die Frauennachtarbeit an.

SPD. Der Reichskanzler informierte am Sonnabend die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Deckungsvorschläge der Reichsregierung. Brüning erklärte sich zu Änderungen der Pläne bereit, soweit dadurch die Gesamtsumme der Erträgnisse eine Änderung nicht erfährt.

SPD. Genf, 28.Juli (Eig.Drahtb.)

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz ist in der Schlussabstimmung über die Konvention für die Arbeitszeit der Kohlenbergleute infolge der Haltung der deutschen Regierungsvertretung die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht worden. Um den Sturm der Gemüter, den dieser Ausgang der langwierigen Beratungen über die internationale Kohlenfrage hervorrief, zu beruhigen, stellte der deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Sitzler den Antrag, die Arbeitszeitfrage der Kohlenbergleute auf die Tagesordnung der nächsten Arbeitskonferenz zu setzen. Dieser Vorschlag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Haltung der deutschen Regierung ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Sie hat sich der Stimme enthalten, weil die Konvention die Gewährung von Überzeitarbeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht berücksichtige. Die Arbeitergruppe betrachtete eine Überstundenregelung nicht als einen notwendigen Bestandteil einer internationalen Arbeitszeitkonvention für den Kohlenbergbau. Nachdem die Arbeitgeber sich an einer Überstundenregelung desinteressiert gezeigt hatten, lag für die deutsche Regierung kein zwingender Anlass vor, sich ihrerseits so stark dafür einzusetzen, dass die Konvention scheiterte. Die deutschen Regierungsvertreter haben mit ihrer Stimmenthaltung eine Entscheidung vorweg genommen, die nicht ihnen, sondern dem Reichstag zusteht. Nicht

die Sachbearbeiter des Arbeitsministeriums, sondern der deutsche Reichstag hat darüber zu befinden, ob eine Konvention über die bergbauliche Arbeitszeit ohne Überstundenregelung für Deutschland annehmbar ist oder nicht.

Der englische Bergwerksminister Shinwell konnte mit Recht die deutsche Regierung beschuldigen, wegen einer verhältnismässig untergeordneten Frage das Scheitern des Abkommens verschuldet zu haben. Auch der belgische Arbeitervertreter Dujardin machte die deutsche Regierungsvertretung für die Verwerfung der Konvention verantwortlich.

Die Unternehmer haben in Genf auf der Konferenz durch ihre Nichtbeteiligung an den Kommissionsarbeiten ebenfalls eine schwere Schuld auf sich geladen Sie haben geradezu das ihnen anvertraute öffentliche Mandat missbraucht und damit viel Verbitterung in die Arbeitnehmervertretung hineingetragen. Ihre Haltung ist der Ausfluss einer reaktionären Gesinnung, die sogar alle wirtschaftlichen Erwägungen, die vom Unternehmerstandpunkt für das Abkommen sprachen, in den Hintergrund drängte. Was die Unternehmer diesmal abgelehnt haben, werden sie in wenigen Jahren wahrscheinlich selbst wünschen, da ohne eine Regelung der Arbeitszeit die dringend erforderliche wirtschaftliche Verständigung in der europäischen Kohlenindustrie nicht möglich ist. Die Unternehmer haben sich in Genf selbst des Einwandes beraubt, dass wegen der internationalen Konkurrenz soziale Verbesserungen im Inland in der Lohn- und Arbeitszeitfrage nicht durchführbar seien. Ihre Genfer Obstruktion wird ihnen bei den künftigen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen immer wieder vor Augen gehalten werden müssen.

Auch für die Beratungen des Jahres 1931 wird der augenblicklich vorliegende Konventionsentwurf das Kernstück bilden, das nach Möglichkeit natürlich verbessert werden muss. Dass eine Konvention zustande kommt, darf als sicher gelten. Dass ihr Zustandekommen sich nochmals um ein Jahr verzögert hat, ist der traurige Ruhm der Unternehmerobstruktion und der Regierung Brüning.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD.Berlin,den 28.Juni (Eig.Bericht).

Die Sonnabendsitzung des Reichstags, die um 10 Uhr begann, wurde auf 1½ Stunden unterbrochen, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, an der Reichsratssitzung teilzunehmen, wo der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister ihr Deckungsprogramm entwickelten. Um 11½ Uhr begann die Sitzung von neuem.

Auf der Tagesordnung stand der Haushalt des Reichsarbeitsministers und zwei Novellen zur Änderung des Reichsversorgungsgesetzes und des Altrentnergesetzes. Die eine dieser Novellen will verhindern, dass in Zukunft neue Rentenansprüche von Kriegsteilnehmern noch gestellt werden. In der Begründung heisst es:"Die ehemaligen Kriegsteilnehmer haben bis jetzt die Möglichkeit gehabt, ihre Ansprüche anzumelden. Man kann nicht annehmen, dass die Anmeldung in jenen Fällen, in denen ein Zusammenhang mit dem Kriegsdienst mit Recht behauptet werden kann, unterblieben ist. Es scheint daher durchaus vereinbar mit der vaterländischen Dankespflicht, wenn nunmehr die weitere Anmeldung und gerichtliche Verfolgbarkeit solcher Ansprüche ausgeschlossen wird und die Bewilligung einer Versorgung nur mehr im Wege des Härteausgleichs möglich oder in gewissen Fällen von dem pflichtmässigen Ermessen der Verwaltungsbehörde ohne Inanspruchnahme der Spruchgerichte abhängig sein soll." Ausserdem soll das Rekursrecht bedeutend eingeschränkt werden. Reichsarbeitsminister Dr.Stegerwald begründete die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz u.a. mit dem Hinweis, dass auch in den Siegerländern längst ein derartiges Gesetz bestehe.

Zum Haushalt des Reichsarbeitsministers erstattete der sozialdemokratische Abgeordnete Aufhäuser Bericht.Er gab ein anschauliches Bild von dem Umfang der deutschen Sozialversicherung. Jeder zweite Arbeiter ist einmal im Jahre krank und durch Krankheit 24 Tage arbeitsunfähig. Von 1,2 Millionen Geburten entfallen jährlich 800 000 auf die versicherte Bevölkerung. Im Jahre 1928 gab es 1,4 Millionen Arbeitsunfälle. Jeder neunte Fall bewirkte dauernde Erwerbsstörung; 9 000 Unfälle waren tödlich. Am 1.Januar 1929 gab die Invalidenversicherung Renten an 1,9 Millionen Invaliden, an 400 000 Witwen und 750 000 Waisen.

Erster Redner aus dem Hause war der sozialdemokratische Abgeordnete Karsten. Er übte Kritik an der Zersplitterung der deutschen Sozialpolitik. Ein Sparsamkeitsprogramm müsse zuerst Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung in allen Zweigen der Sozialversicherung bringen. Es herrsche ein furchtbares Durcheinander in den Organisationen. So gäbe es in Deutschland allein 8 000 Krankenkassen. Die Angestelltenversicherung bleibe aus rein politischen Gründen von der Invalidenversicherung getrennt. Lebhaft beanstandete Karsten, dass bei den landwirtschaftlichen Arbeitern als Berechnungsgrundlage für die Unfallversicherung nur ein Durchschnittslohn gelte und nicht der tatsächliche Lohn.Auch verlangte Karsten, dass in der Invalidenversicherung höhere Lohnklassen geschaffen würden. Jetzt sei es gegenüber der Versicherung für einen Arbeiter ganz gleichgültig, ob er 100 Mark oder 36 Mark die Woche verdiene. Er könne auch bei sehr hohem Lohne keine höhere Rente erzielen. Ferner forderte Karsten den Minister auf, für eine bessere Kontrolle des Beitragssystems zu sorgen;namentlich auf dem Lande sei die Beitragszahlung sehr lax. Der deutschnationale Abgeordnete Soth, mit dem Stahlhelmabzeichen geschmückt, redte lang und breit über Landflucht und Siedlung. Welches Interesse seine Fraktion den Landarbeitern und der Wohnungsfrage entgegenbringt, wird durch die einfache Tatsache bewiesen, dass während der ganzen Rede des Herrn Soth nicht ein einziger deutschnationaler Abgeordneter sich im Saale befand. Das ist selbst bei schwacher Besetzung des Hauses wohl noch nie bei einer Fraktion dagewesen.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Schröder protestierte gegen die Herabsetzung des Reichszuschusses an die Familienwochenhilfe von 32 Millionen

Mark auf 15 Millionen Mark. Sie teilte mit, dass die Krankenkassen im Jahre 72½ Millionen für Wochenhilfe ausgeben. Gerade in Zeiten der Not dürfe das Reich an der Familienwochenhilfe nicht kürzen. Man solle mit dem Gerede von Notwendigkeiten aufhören. Warum gebe es solche Notwendigkeiten nicht beim Reichswehr-Etat? Sie nahm sich dann den Abgeordneten Joos vor, der bei der Haushaltsberatung des Reichsministeriums des Innern schon jede Abschwächung des § 218 als Kulturbolschewismus bezeichnet habe. Nicht nur sozialistische Frauen, auch gut katholische Frauen schützten sich vor weiterem Familienzuwachs, weil sie ihre Kinder nicht Hungers sterben lassen wollten. Die Todesfälle von Frauen an Fehlgeburten seien jetzt höher als bei regulären Geburten. Frau Schröder verwies insbesondere auf die enorme Höhe der Säuglingssterblichkeit auf dem Lande. Es fehle der Wöchnerinnenschutz für Hausgehilfinnen und für Landarbeiterinnen, ferner sei notwendig ein Schutzgesetz gegen die Kinderarbeit in der Landwirtschaft.

Es sprach dann der kommunistische Abgeordnete Gräf-Dresden, der heftige Angriffe gegen den Abbau der Sozialpolitik durch Stegerwald richtete. Der sozialdemokratische Abgeordnete Richter-Hildesheim verlangte u.a. erhöhte Mittel für Ödlandsiedlungen. Es gäbe in Deutschland noch immer 2 Millionen Hektar Ödland. Die Ausgaben dafür dürfe man nicht als einmalig in den Haushalt einsetzen, sie müssten dauernd sein. Der Sozialdemokrat Lipinski beschäftigte sich schliesslich noch mit den Ursachen der Wohnungsnot, während der Abgeordnete Passehl (Soz.) u.a. darauf hinwies, dass beim Reichsversorgungsgericht zurzeit überflüssigerweise 10 Hilfskräfte mit einem Jahresaufwand vom rund 200 000 Mark beschäftigt werden.

Weiterberatung Montag.

Aus aller Welt

Der entlarvte Goebbels!

Krach bei den Nazis – Wer ist der Enthüller Mossakowsky?

SPD. Im Berliner Hitler=Lager ist ein grosser Krach ausgebrochen. Herr Eugen Mossakowsky, Prominenter in der Berliner N.S.D.A.P., Chef der "Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz", hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er Josef Goebbels, den Reichspropagandaleiter der Nationalsozialisten, als einen Lügner und Aufschneider bezeichnet. Im Hindenburg=Beleidigungsprozess hatt Herr Goebbels sehr pathetisch erklärt, dass er gern noch einmal für Hindenburg ins Gefängnis gehen würde, denn er sei ja schon seiner Zeit von den Belgiern mit der Reitpeitsche traktiert und 14 Tage in Haft genommen worden, weil er für Hindenburg agitiert habe. Das alles soll Schwindel gewesen sein. Herr Mossakowsky hat die N.S.D.A.P. verlassen, weil Herr Goebbels ihm mit dem Ausschlussverfahren drohte. Die Sache ist schon zu Hitler gegangen, der sie für so wichtig ansieht, dass er selbst nach Berlin kommen will. In der Berliner Nationalsozialistischen Partei ist die Aufregung gross Mossakowskys Enthüllung über den famosen Herrn Goebbels soll schon zu zahlreichen spontanen Austritten aus der Partei geführt haben.

+

Herr Mossakowsky ist einer von der alten Garde des Hitler'schen Nationalsozialismus, Das heisst, früher kam er in getarntem Gewande und zwar im Schafsfell der sogenannten A.S.P., die ja jetzt in Sachsen endgültig das Zeitliche gesegnet hat. Es war in der Stadthalle Klosterstrasse, vor ca. 2 Jahren, als die Sonderlinge der A.S.P. versuchten, den Spaltpilz ihres Arbeiterverrats auch nach Berlin zu verpflanzen. Da stand Herr Mossakowsky neben August Winnig auf der Tribüne und sprach mit fanatisch flackernden Augen zu den Anwesenden von der notwendigen völkischen Erneuerung, die nur im schräfsten Kampf gegen die Linke durchgeführt werden könne. Herr Mossakowsky sprach masslos, demagogisch, mit einem heiseren Akzent und erreichte es, dass nach einer Viertelstunde sich der ganze Saal in einem Zustand wilden Aufruhrs befand. Diskussionsredner wurden misshandelt, die Versammlung nicht zu Ende geführt. Das ist Herr Eugen Mossakowsky, bisher einer der leitenden Männer der Nationalsozialistischen Partei.=

+

Und wer ist sein Widerpart? Es war in Berlin=Moabit an jenem denkwürdigen Tage, an dem milde Richter den nationalsozialistischen Agitator, der den Reichspräsidenten schwer beleidigt hatte, zu nur 1 000 Mark Geldstrafe verurteilten. Im Zuschauerraum befand sich die eiserne Garde des Herrn Goebbels, bei jedem Kraftwort, bei jeder nationalistischen Phrase, die der Angeklagte von sich gab, brachen die verhetzten Jünglinge in ein unterdrücktes, kritiklo=ses Heil=Murmeln aus. Und Herr Goebbels sprach und sprach...Und dann kam es, mit blitzenden Augen, mit melodramatischen Gesten und einem weinerlich=sentimentalen Unterton, wörtlich: "Ich habe schon einmal für Hindenburg im Gefängnis gesessen, das war damals, als ich im Angesicht unserer Feinde für den Feldmarschall agitierte. Damals haben mich die Belgier auf 14 Tage ins Gefängnis geworfen und mit Reitpeitschen traktiert. Das aber ist jetzt der Dank!" Ein Faustschlag auf den Tisch bekräftigte die heldischen Sätze. Im Zuschauerraum gingen die Wogen der Erregung hoch. In der Pause kam ein korpulent gebauter Herr mit dem Hakenkreuzabzeichen auf dem Rockkragen an Goebbels Tisch heran

und sagte nicht ohne Ergriffenheit: "Das,was Sie da über Ihre Leidenszeit für Hindenburg erzählt haben,ist das Stärkste,was ich je von Ihnen gehört habe."

Worauf der grosse Goebbels bescheiden,diskret und höflich lächelte.In diesem Lächeln war etwas wie versteckte Ironie. Warum,wissen wir jetzt!

+

Er hat gar nicht für Hindenburg gesessen. Es ist alles nicht wahr.Seine internsten Freunde müssen ihn der Lüge zeihen. Prominente Nationalsozialisten rücken von ihm ab. Aber der Faustschlag,die heldischen Worte und die blitzenden Augen waren echt. Denn Herr Goebbels ist ein Schauspieler. Und,wie wir gesehen haben,kein schlechter.—!

Terry.

+ + +

Der Ausbeuter der Unterwelt.

Grosshehler Erban und sein Milieu – Geheimnisse des Unterweltstrusts.

In der Berliner Unterwelt sind schlimme Dinge passiert. Herr Prokop Erban Besitzer von zwei bekannten Berliner Unterweltlokalen,steht im dringenden Verdacht,der Anführer einer weit verzweigten Diebes= und Hehlerbande zu sein,die ihre Netze über ganz Deutschland gespannt hat. Herr Erban ist flüchtig und konnte bisher noch nicht aufgegriffen werden,trotzdem die Berliner Kriminalpolizei schon seit Tagen fieberhaft nach ihm sucht. Man nimmt an,dass Herr Erban in die Tschechoslowakei geflüchtet ist. Er ist Tscheche.

Das Café-Trio.

Erban ist sozusagen ein Trustinhaber im Bezirk des Berliner Unterweltbetriebs, oder wenigstens jener Etablissements für Halb= und Einviertelwelt, die man dafür hält. Herrn Erban gehört u.a. das Café "Roland", dem kürzlich die sehr einbringliche Nachtkonzession entzogen werden musste,weil die Szenen, die sich besonders am frühen Morgen vor und im Café abspielten,ein wirklich allgemeines öffentliches Aergernis geworden waren. Auch das Café "Erban", Prunkstück in der Krone der Erban'schen Betriebe,musste seine Nachtkonzession streichen. Mit beiden Lokalen ging es rapide zurück. Hatten früher zahlreiche Vergnügungsbesessene,denen Berlin WW allein nicht mehr gefiel,sich in nächtlicher Stunde in Café "Roland" begeben,um dort für 75 Pfennige eine wirklich vorzügliche Hühnerbrühe zu geniessen,so fiel das jetzt fort. Die Tageseinnahmen waren mässig, die Interessierten verkrümelten sich in die Nachtklubs und mit ihnen verlor Herr Prokop Erban sein zahlungsfähigstes Publikum. Das "Café Stern",das ihm blieb, machte den Kohl nicht fett,

Der Organisator.

Die Erban'schen Betriebe gingen nicht auf den Namen des Herrn Erban,sondern auf den seiner Frau. Diese Frau,die ein sehr abenteuerreiches und bewegtes Leben hinter sich haben soll, war die Seele des Unterwelttrusts rund um das Chausseestrassen=Viertel. Während die Frau die Berliner Betriebe versorgte und gedeihen liess, spezialisierte sich Herr Erban auf das Hehlergewerbe, in dem er es zu einer grossen Spezialität gebracht hatte. Eingeweihte behaupten,dass Herr Erban zur Organisierung seines Hehlerei=Engrosgeschäfts – denn ohne Organisation geht bekanntlich auch das Unsolideste nicht – nicht nur in Berlin,sondern auch im Ausland, vor allem in der Tschechoslowakei,kostspielige Büros unterhalten hat. Die Hehlerei hat Erban angeblich Hunderttausend eingebracht.

"Aussenseiter" mit Komfort.

Was aber das psychologisch Interessante an dem Kriminalfall Erban ist,war die Position,die er und seine Frau innerhalb ihres Milieus ausübten. Herr Erban war kein Unterweltler,sondern der Ausbeuter jener Schichten,die imHalbdunkel der Gesellschaft ihre Tage zu fristen pflegen. Er wohnte elegant und vornehm in einem westlichen Villenbezirk,fuhr ein pikfeines Auto,dessen Wert

sich auf ca. 30 000 Mark bezifferte, hielt sich zwei Reitpferde, spielte auf den Rennen eine gewichtige Rolle und war alles in allem ein Grossbürger mit einem starken Hang zu kostspieligen Unterhaltungen.

Im Café "Roland" aber, im Café "Erban" und im Café "Stern" herrscht grosse Trauer= und Niedergeschlagenheit.

+ + +

Ein teurer Eifersuchtsschuss. Der Pariser Modespzialist Sidney Conquy ist auf Grund eines eigenartigen Tatbestandes zu einer Schadenersatzzahlung in Höhe von 80 000 Franken verurteilt worden. Conquy war zusammen mit seiner Frau als Abteilungsleiter eines grossen Modehauses engagiert worden. In einer Anwandlung von Eifersucht erschoss er eines Tages seine Lebens= und Arbeitsgefährtin. Für diesen Schuss wurde der hitzige Ehemann von den Pariser Geschworenen zwar freigesprochen, aber die Firma, bei der er in Arbeit stand, klagte auf Schadenersatz, weil sich das Drama in einem ihrer Salons abgespielt habe – also unter Umständen, die dem guten Rufe der Firma und ihrem Geschäft abträglich sein könnten. Die Klage war vorerst von Erfolg begleitet: ob der ihr in der zweiten Instanz treubleiben wird, ist mehr als fraglich.

+ + +

Der Blitz im Spirituslager. Während eines Gewitters schlug der Blitz in eine Spiritusraffinerie in Pardubitz (Tschechoslowakei) ein. Es kam zu einer schweren Explosion. Dreissig Spiritustanks flogen in die Luft. Das Lager wurde in kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Der Sachschaden beläuft sich auf über 10 Millionen Kronen.

+ + +

Das 46. Opfer. Die Zahl der Lübecker Calmette=Opfer hat sich auf 46 erhöht. Damit ist bewiesen, dass der Optimismus, von dem nach einigen Tagen des Stillstandes im Totentanz die Lübecker Bevölkerung bewegt wurde, unberechtigt gewesen ist.

+ + +

Der Millionär als Brief. Wenn "Do.X." in einiger Zeit von Cadiz oder Lissabon nach New=York fliegen wird, wird es möglicherweise neben der gewöhnlichen Briefpost auch einen regelrechten "lebenden" Brief an Bord haben: den jungen amerikanischen Millionär W.B. Leeds, der seinerzeit schon an dem Zeppelin=Rundflug um die Welt teilgenommen hat. Ausser drei Journalisten soll "Do.X." an sich keine Passagiere befördern, sondern nur dem Postverkehr dienen. Leeds fragte nun an, ob seine Zulassung zur Reise nicht trotzdem möglich gemacht werden könne. Man antwortete ihm, dass sein Gesuch bejahend beschieden werden würde, falls er ein seinem "Lebendgewicht" entsprechendes Briefporto zahlt. Da ein Brief bis zu 20 Gramm mit einem Dollar freizumachen ist, müsste der junge Mann etwa 5 000 Dollar für sich bezahlen. Ob er es tut, überlegt er sich zurzeit noch, aber als rekordlustiger Amerikaner sagt er sicher: Ja.

+ + +

Schwere Strafe für Autofallensteller. Das Schwurgericht in Schönberg (Mecklenburg) verurteilte den vielfach vorbestraften Steinsetzer Lietz zur Sühne für einen äusserst hinterlistigen Raubüberfall zu 15 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hat in Gemeinschaft mit zwei noch flüchtigen Komplicen am 18. Mai d.Js. einen Hamburger Motorradfahrer durch ein Drahtseilattentat zu Fall gebracht und den Schwerverletzten ausgeraubt.

+ + +

Kassner klettert wieder! Der Fassadenkletterer Kassner, der zurzeit eine Strafe im Zuchthaus Sonnenburg verbüsst, legte eine hübsche Probe seiner "Kunst" ab, indem er während eines Spaziergangs auf den Hof plötzlich aus der Reihe seiner Kollegen heraus, sprang mit affenartiger Geschwindigkeit den Blitzableiter hoch kletterte und sich vergnügt auf des turmhohen Daches Zinnen niederliess. Dann kletterte Kassner wieder auf den Hof zurück und reihte sich brav in die Reihe seiner Mitgefangenen ein, als ob überhaupt nicht geschehen wäre.

Gewerkschaftliche Rundschau

Gegenstoss der Eisenbahner.

(Ein Schritt des Einheitsverbandes bei der Reichsregierung.)

SPD. Der Vorstand des Einheitsverbandes der Einsebahner Deutschlands hat den Angriff der Reichsbahn-Gesellschaft auf Lohn und Gehalt der Eisenbahner mit einem Gegenstoss beantwortet. Der Präsident des Verwaltungsrats hatte in einem Brief an den Reichskanzler den Abbau der Personalkosten gefordert. Die Begründung dieser Forderung ist vom Vorstand des Einheitsverbandes in folgender, ebenfalls dem Reichskanzler übermittelten Stellungnahme widerlegt worden:

"Der Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat bei seiner Darstellung über die Lage der Reichsbahn und die Höhe der Personalausgaben verschiedene wichtige Tatsachen, die gegen seine Forderung auf Herabsetzung der Löhne und Gehälter sprechen, vollkommen ausser Betracht gelassen.

Der Rückgang des Verkehrs bei der Reichsbahn ist eine Folge der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Konkurrenz von Schiffahrt und Kraftwagen. Die damit verbundenen ungünstigen Wirkungen auf die Finanzlage der Deutschen Reichsbahngesellschaft werden durch die ständige Belastung des Unternehmens mit Reparationssteuer, Beförderungssteuer und sonstigen politischen Lasten verschärft. Diese Zahlungen sind fast unabänderlich und belasten bei sinkenden Einnahmen den Etat in steigendem Masse.

Demgegenüber hat die Reichsbahnverwaltung durch sofortige laufende Anpassung des Personalstandes an den verminderten Arbeitsanfang im Personaletat erhebliche Einsparungen erzielt. So sind gegenwärtig bei der Reichsbahn 30 bis 40 000 Arbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahr. Auch die Zahl der Beamten ist dauernd zurückgegangen. Die Personalkos en haben sich dadurch mindestens um 60 bis 80 Millionen RM verringert. Hinzu kommen noch Ersparnisse durch die Feierschichten in den Werkstätten und auf Grund sonstiger Personalmassnahmen, die ebenfalls eine laufende Ausgabensenkung zur Folge haben. Ausserdem kann die finanzielle Lage der Gesellschaft nicht so schlecht sein, wie es dargestellt wurde, da nach eigenen Angaben der Verwaltung verfügbare Reserven von mehr als 1/2 Milliarde RM vorhanden sein müsse.

Angesichts dieser Tatsachen weist der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands eine Darstellung zurück, die den Eindruck zu erwecken sucht, dass die Personalkosten der Reichsbahn unberechtigt hoch sind. Die angeführten Vergleiche mit den Personalausgaben in den Jahren 1913 und 1924 sind aus verschiedenen Gründen unhaltbar. Sie berücksichtigen weder die anormal niedrigen Einkommen der Eisenbahner der Vorkriegszeit noch die im Jahre 1924, auch nach Ansicht der damaligen Reichsregierung, viel zu geringen Löhne und Gehälter. Unberücksichtigt blieb bei der Darstellung im Schreiben des Dr. v. Siemens auch die Tatsache, dass seit 1924 bei einem um 62 000 Köpfe verminderten Personalstand eine ungeheure Leistungssteigerung eingetreten ist, die im Durchschnitt mindestens 1/3 beträgt.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner weist die Bestrebungen des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf Gehalts- und Lohnabbau mit aller Entschiedenheit zurück. Er hält sich aber auch für verpflichtet die Reichsregierung hinzuweisen auf die wirtschafts- und staatspolitischen Folgen dieser Bestrebungen, die zu einer weiteren Schwächung der Kaufkraft und damit zu einer Verschärfung der Wirtschaftswirrnisse führen müssen. Der Ein-

heitsverband ist jederzeit bereit, der Reichsregierung Vorschläge, geeignete Massnahmen zur Verbesserung der Finanzlage der Reichsbahn zu unterbreiten.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands weiss sich in der Abwehr der geplanten Angriffe auf die Lebenshaltung der breiten Massen einig mit der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft Deutschlands und ist entschlossen, den geplanten Lohn- und Gehaltsabbau mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten."

\+ + +

Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft verlangt Lohn- und Gehaltsabbau, da er keine anderen Ersparnismöglichkeiten im Eisenbahnbetrieb sieht. Es gibt jedoch sehr sohl solche Ersparnismöglichkeiten, wie auch aus dem Begleitschreiben zu dem vorstehenden, dem Reichskanzler übermittelten, Beschluss des Einheitsverbandes hervorgeht. So sind zunächst schon im Personaletat der Reichsbahn beachtenswerte Ersparnismöglichkeiten vorhanden. Trotz der Finanznot werden sie aber auch jetzt noch immer nicht ausgenutzt. Das sind z.B, die Leistungszulagen. Würde die Reichsbahn auf sie verzichten, dann könnte sie sofort einen Betrag von 24 Millionen Mark jährlich einsparen. Bei inem stark verminderten Verkehr werden Spitzenleistungen wohl kaum vorhanden sein. Die Streichung der Leistungszulage wäre also doch gerade jetzt sachlich durchaus berechtigt. Ein anderes: die Reichsbahn leistet sich auch heute noch Millionenausgaben für Bahnschutz- Schiess- und Sportvereine, und ähnliche Einrichtungen, an denen das Reichsbahnpersonal absolut nicht interessiert ist. Es ist völlig unverständlich, warum man dem Personal, das man auf der einen Seite wegen der Finanznot zu Feierschichten zwingt, und dem man das an sich schon niedrige Einkommen noch verkürzen will, hier Wohltaten aufzwingt, die es garnicht will. Auch die hier in Frage kommende Summe belastet den Personaletat; sie dürfte mit 10 Millionen eher zu niedrig als zu hoch beziffert sein.

Ueber die sächlichen Ausgaben der Reichsbahn geht das Schreiben des Verwaltungsrates mit der Feststellung hinweg, dass diese bereits bis zu der für die Betriebssicherheit gezogenen Grenze gedrosselt seien. Wäre es aber nicht angebracht, einmal der Oeffentlichkeit mit derselben Gründlichkeit, mit der die Prozentziffern über die Personalausgaben bekannt gegeben werden, auch die Prozentverhältnisse über die Preise für Sachausgaben mitzuteilen? Sehr schnell würde man dann erkennen, dass die Preisaufschläge der grossen Lieferfirmen sehr viel mehr gestiegen sind als die Löhne. Von dem zurückgegangenen Preisniveau, das nach Siemens bereits 15,5 Punkte ausmachen soll, ist kaum etwas zu bemerken

Alle Massnahmen der Verwaltung zur Besserung der Finanzlage haben sich schon bisher fast nur zu Lasten der Arbeitnehmerschaft ausgewirkt. Kaunn und muss denn immer nur auf deren Kosten saniert werden? Nach dem Personaletat für das Jahr 1930 waren für den Betriebs- und Verkehrsdienst 522 000 Köpfe vorgesehen. Die Direktionen sind jedoch angewiesen worden, die Kopfzahl um 20 000 zu kürzen. Ausserdem wurden 20 - 25 000 Zeitarbeiter nicht eingestellt; tausende von Werkstättenarbeitern wurden entlassen; für etwa 74 000 Werkstättenarbeiter sind bereits zweimal Feierschichten vereinbart worden; die Zahl der Beamten wurde ebenfalls dauernd vermindert. Schliesslich hat sich noch fast bei jedem Jahresabschluss ein wesentlicher Ueberschuss herausgestellt, und man darf annehmen, dass trotz der Wirtschaftskrise die Mindereinnahme geringer sein wird als die Schätzung, jedenfalls aber kaum die vom Verwaltungsrat vermutete Wirkung haben wird. Gegenüber der Behauptung des Herrn v. Siemens, dass auch bei einem Wiederanstieg des Verkehrs die Betriebsausgaben die Einnahmen um mehrere hundert Millionen übersteigen würden, ist also Vorsicht am Platze.

SPD. Der Fabrikarbeiterverband feiert gegenwärtig das Jubiläum seines 40-jährigen Bestehens. Aus diesem Anlass bringt "Der Proletarier", das Organ der Fabrikarbeiter, eine Reihe interssanter Beiträge zur Geschichte der einzelnen Gruppen des Verbandes. Der Leitaufsatz der Festnummer ist dem Führer der Fabrikarbeiter, August Brey, gewidmet. Brey ist seit 40 Jahren Vorsitzender der

Fabrikarbeiterorganisation und also zugleich mit dem Verband Jubilar.

Auch Karl Thiemig, einer der unermüdlichsten Kampfer und Führer der Fabrikarbeiter, kann in diesen Tagen auf eine arbeits- und erfolgreiche Laufbahn zurückblicken. Am 1. Juli ist er 25 Jahre als Angestellter im Dienst des Fabrikarbeiterverbandes tätig. Nach einer Jugend voll Armut und Not kam er schon als Achtzehnjähriger zur Gewerkschaftsbewegung, zunächst zu den Textilarbeitern und dann 1898 in Dresden zu den Fabrikarbeitern. 1911 erhielt er den Posten eines Sekretärs des Hauptvorstandes, und 1920 berief ihn der Verbandstag in den Vorstand der Organisation. Thiemigs Leben war ein zähes Ringen mit dem proletarischen Schicksal.

Ihm und den anderen Jubilaren der Fabrikarbeiterorganisation noch viele Jahre Gesundheit und Arbeitskraft für den Aufstieg der Fabrikarbeiter, die früher die Parias unter dem Industrieproletariat waren.

SPD. Vor dem Amtsgericht Berlin-Moabit ist am Sonnabend der schon seit fast einem Jahr schwebende Beleidigungsprozess des Hauptvorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen den kommunistischen Redakteur und Reichstagsabgeordneten Dengel durchgefochten worden. Der wackere Verleumder, der sich bisher durch Flucht nach Moskau stets der Verantwortung entzog, versuchte auch am Sonnabend durch seinen Rechtsanwalt abermals eine Vertagung zu erzielen. Das Gericht lehnte jedoch den Vertagungsantrag ab und verurteile Dengel, der nicht den geringsten Beweis für seine in der "Roten Fahne" erhobenen Verleumdungen erbringen konnte, zu einer Geldstrafe von 300 Mark oder einem Monat Gefängnis, sowie zur Tragung sämtlicher Kosten. Das Urteil soll in der "Roten Fahne", im "Vorwärts" und im "Textilarbeiter", dem Organ des deutschen Textilarbeiter, veröffentlicht werden.

Lüge, Beleidigung und Verleumdung gehören bei den Moskauern zum Handwerk. Ohne Lug und Trug können sie nicht leben.

SPD. Der freigewerkschaftliche Sattler- und Tapeziererverband hat sich im verflosenen Jahr trotz der grossen Arbeitslosigkeit und Kruzarbeit, die fast alle Branchen der Organisation durchmachen mussten, gat gehalten. Wie aus dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht des Verbandes für 1929 hervorgeht, bleib die Zahl der Mitglieder stabil; sie hat sich sogar um ein geringes noch erhöht. Lohnbewegungen fanden in 764 Orten für 4953 Betriebe mit 39 150 Beschäftigten statt. Die Lohnerhöhung war in den einzelnen Branchen und Orten sehr unterschiedlich. Die Zahl der Abschlüsse zeigt, dass der Verband auch trotz der schwierigen Verhältnisse es verstand, die Löhne für einen grossen Teil der Beschäftigten vorwärts bringen konnte. Die Erhöhung der Löhne betrug in den massgebenden Orten der Lederwarenindustrie 2 Pfennig, im Tapezierergewerbe 2,5 und in der Ledertreibriemenindustrie 5 Pfennig pro Stinde im Durchschnitt. Das Tarifwesen konnte ebenfalls durch Neuabschluss von Bezirks- und Ortstarifen ausgebaut werden. Ende 1929 waren 126 Verträge für 5069 Betriebe mit 39 532 Beschäftigten vorhanden; dazu kommen 78 Lohnabkommen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in 113 Verträgen mit 34 500 Beschäftigten 48 Stunden, während in 13 Verträgen eine kürzere wöchentliche Arbeitszeit von 45 und 47 Stunden für rund 4 650 Beschäftigte tariflich vereinbart wurde. Die Zahl der Streiks und Aussperrungen war gering.

Die Jugendbewegung des Verbandes nahm einen erfreulichen Aufschwung. Am Schluss des Jahres 1929 bestanden im Reich 42 Jugendgruppen, für die die Monatsschrift "Der Weggenosse" herausgegeben wird. Die Ausgaben für Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. haben eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren. Trotz der schlechten Beschäftigung haben sich die Kassenverhältnisse nicht ungünstig entwickelt.

Wirtschaft Technik Handel

Schuhenquête.

(Rationalisierungserfolge. - Wirtschaftliche Rechtfertigung des Achtstundentag

SPD. Die Veröffentlichung des Enquêteausschusses über die deutsche Schuh- und Lederwirtschaft stellt für 1927 - die Enquête kommt immer mehr zeitlich in Rückstand - eine Produktion von 85 Millionen Paar fest. Bei einem durchschnittlichen Fabrikwert von 10 Mark je Paar stellte sich demnach der Wert der gesamten Strassenschuhproduktion auf etwa 850 Millionen Mark. Bezeichnend für die Schwäche der Massenkaufkraft in Deutschland ist die Tatsache, dass je Kopf der Bevölkerung nur 1 1/4 Paar jährlich in Deutschland, dagegen 1 3/4 Paar in England und 2½ Paar jährlich in den Vereinigten Staaten verbraucht werden. Der Amerikaner leistet sich also im Jahr einen doppelt so grossen Schuhverbrauch als der deutsche Konsument.

In der Frage der Arbeitsleistungen haben sich zwischen den einzelnen Sachverständigen erhebliche Differenzen ergeben. So errechnete der Reichsverband der deutschen Schuhindustrie eine Leistung von 2,73 Paar je Mann und Schicht, während der Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Schuharbeiter, der Reichstagsabgeordnete Josef Simon, die Durchschnittsleistungen des Arbeiters mi 3 Paar pro Tag angab. Sehr bemerkenswert ist die Feststellung des Untersuchungs ausschusses, dass die Verkürzung der Arbeitszeit in den Nachkriegsjahren durch die verstärkte Intensität der Arbeit mehr als ausgeglichen worden ist.

Bei den vom Ausschuss namentlich aufgeführten Grossbetrieben liefern die Ergebnisse einen schlagenden Beweis für die Berechtigung und die Wirtschaftlichkeit des Achtstundentages. So stellten sich bei der Sigle & Co. A.G. (Salamander) die Arbeitsstunden auf 81% (1914 = 100), die Produktion dagegen auf 96,2%. Bei Wolf und Sohn, Sontheim war das Verhältnis sogar 84 zu 114,7%, bei Conrad Tack 87 zu 99,2%, bei Lingel-Erfurt sogar 96 zu 145,4% und bei Berneis-Wessels, Nürnberg, 82 zu 121,4%. Also bei den führenden Grossunternehmen ist trotz der Kürzung der Arbeitszeit noch eine Produktionssteigerung von 20 bis zu 45 % festzustellen. Diese Feststellung ist um so wesentlicher, als nach dem Urteil des Ausschusses die maschinellen Verbesserungen nicht sehr ins Gewicht fallen. Zur Rationalisierung wird ferner festgestellt, dass die Fliessarbeit nur bei grösserer Serienarbeit zweckmässig sei, die jedoch durch die rasch wechselnden Moden eingeschränkt werde.

Eine Bemerkung über den Wert der Sozialgesetzgebung verdient festgehalten zu werden. Die Sozialgesetzgebung und die Erwerbslosenunterstützung insbesondere sind der Schuhindustrie sehr zugute gekommen. Die als Unterstützung gezahlten Beträge sind in grossem Umfang zum Ankauf von Schuhwerk verwendet worden, so dass sich die Kaufkraftdrosselung durch die Arbeitslosigkeit für die Schuhindustrie nicht in voller Schärfe auswirkte.

Die Erhebungen über die Löhne beweisen, wie stark der Lohnstandard der deutschen Schuharbeiter hinter der Entwicklung im Ausland zurückgeblieben ist. So sind die Effektivverdienste (Bruttowochenlohn) für einen über 21 Jahre alten Vollarbeiter von 34,66 Mark im Jahre 1914 auf 48,68 Mark im Jahre 1929 gestiegen. In England stellte sich dagegen bereits der Minimallohnsatz auf 56 Shilling, während Effektivverdienste nicht festgestellt werden konnten. In den Vereinigten Staaten haben sich andererseits die Effektivlöhne seit der Vorkriegszeit von 42 auf 90 Mark in der Woche erhöht.

SPD. Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft (RKTL) le der am Sonnabend tagenden Mitgliederversammlung seinen Bericht für das Jahr 1929 vor. Das RKTL hat das Glück gehabt, einen jungen für die landwirtschaf lich-technischen Probleme begeisterten Nachwuchs zu finden, dessen Aktivitä deutlich aus dem vorgelegten Bericht spricht. Man hat auch im laufenden Jahr verstanden, die zur Verfügung stehenden Mittel zu konzentrieren. Die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Sie wollen aber gegenüber der bekannten Maschinen= feindlichkeit und maschinellen Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft noch immer nicht viel besagen. Die Arbeiten erstreckten sich auf Grabenbau und Grabenreinigung, auf Feldberegnung, auf technische und betriebswirtschaftliche Untersuchungen über Schlepper, auf Düngung, Saatpflege usw. Besondere Würdigung verdienen die vom Reichsverband des deutschen Gartenbaus beeinflussten Arbei= ten. Hier kommen u.a. Untersuchungen über Gewächshäuser in Frage. Die Arbeiten über Kohlscheunen, die bereits zum grossen Erfolg geführt haben, stehen vor dem Abschluss. In einem besonderen Kapitel werden die Bemühungem um die forst= wirtschaftliche Arbeit behandelt. Hier kommt Schädlingsbekämpfung und Entwick= lung von arbeitserleichternden und arbeitsparenden Geräten in Betracht.

Das Problem der Mechanisierung und Maschinisierung wurde in der Mitglie= derversammlung von den Professoren Dr. Münziger-Hohenheim und Dr. Roelmer-Halle behandelt. Beide Redner versprechen sich durch die Mechanisierung eine Entlastung der bäuerlichen Familie. Unter Einfluss einer grossagrarisch orien= tierten Landwirtschaftspolitik unterscheidet sie sich hinsichtlich des Lebens= standards und Arbeitsdauer der kleine Bauer kaum von dem Landarbeiter. In meh= reren genau untersuchten württembergischen Betrieben habe man Durchschnitts= arbeiten pro Jahr von 3500 Stunden für den Bauer und 3 700 für die Bäuerin festgestellt. Dass darunter nicht nur die menschliche Arbeitskraft, sondern auch der Betrieb leidet, braucht nicht besonders betont zu werden. Die entstehen= den Gefahren, so wurde in den Vorträgen festgestellt, hätten besondere Auswir= kungen auf die Bevölkerungspolitik. Der bisherigen aktiven Bevölkerungsbilanz auf dem Lande droht bald eine passive zu folgen. Eine vernünftige Bauernpolitik die auf eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Hilfe der Maschinisierung zurück= greifen müsse, sei deshalb eine Existenzfrage des deutschen Volkes.

Der Mechanisierung der bäuerlichen Betriebe ständen aber grosse Schwie= rigkeiten entgegen. Neben der Geldfrage spielt die geringe Benutzungsdauer bei der Maschine eine grosse Rolle. Die bearbeitete Fläche werde so mit hohen Kapitalskosten belastet. Hier könne der genossenschaftliche Zusammenschluss helfen, sofern die Maschine genossenschaftlich verwendbar sei, was nicht immer der Fall wäre. Deshalb seien solche Maschinen heranzuziehen, deren Benutzung gegen Lohn möglich ist. Man vermeide auch dabei den Wechsel in der Bedienung, die oft den Maschinen nicht gut bekomme.

Für den Einsatz der verschiedenen Maschinen sei aber die Erfassung der menschlichen Faktoren, also der Bedienung ausschlaggebend. In diesem Sinne be= tonte Professor Roelmer die Wichtigkeit einer stärkeren betriebswirtschaftli= chen Schulung und Beratung der Landwirte. Er habe in einem Betrieb von 45 Hek= tar Grösse durch betriebswirtschaftliche Verbesserungen, Hebung des Förder= wesens, durch kleine Umbauten, Umstellung der Milchwirtschaft auf Qualitäts= milch für den Städteverkauf, Erweiterung der Schweinezucht, Verbesserung der Futterbasis usw. ganz erhebliche Erfolge erzielen können; ihre finanziellen Aus= wirkungen gestatten, viele Neuanschaffungen und Umbauten bereits aus den Er= trägnissen des ersten Jahres zu decken. Es komme immer wieder in erster Linie auf die betriebswirtschaftliche Beratung der bäuerlichen Betriebe an.

SPD. Die Preussische Landesrentenbank, die ihren ersten Geschäftsber für die Jahre 1928 und 1929 veröffentlicht, hat die Aufgaben übernommen, früher von den provinzialen Rentenbanken erfüllt wurden. Zweck des Unternmens ist also, die landwirtschaftliche Siedlung durch Beschaffung von Daue krediten zu fördern.

Die Preussische Landesrentenbank besitzt kein Eigenkapital. Die zur F rung ihrer Geschäfte notwendigen Geldmittel werden vom preussischen Staat Verfügung gestellt. Das Institut ist in erster Linie für die Umwandlung de vom preussischen Staat zu Siedlungszwecken gegebenen Zwischenkredite in Dauer kredite bestimmt. Die Beschaffung von neuem Dauerkredit für die Siedlung konnte in den ersten beiden Geschäftsjahren erheblich gefördert werden. So wurden an Gold-Landesrentenbriefen in den beiden Jahren zusammen 27,7 Millionen ausgegeben, wozu noch 19,44 Millionen an sogenannten Barabfindungen gezahlt wurden. Diese Barabfindungen stellen einen zinslosen Kredit des preussischen Staates an die Siedler dar, um die Renten für den Siedler auf einer erträglichen Höhe zu halten.

Insgesamt wurden 1928 = 889 Rentengüter im Umfang von 14 130 Hektar und im Jahre 1929 = 2 724 Rentengüter im Umfang von 36 150 Hektar mit Krediten der Landesrentenbank finanziert. Im neuen Geschäftsjahr hat die Beleihungstätigkeit weitere Fortschritte gemacht. Bis zum 1. April sind Rentengutrenten im Kapitalbetrag von 23,7 Millionen übernommen worden. Seit der Gründung der Preussischen Landesrentenbank waren also am 1. April 1930 Rentengutrenten im kapitalisierten Betrag von 70,8 Millionen übernommen, denen gegenüber 41,6 Millionen achtprozentige Gold-Landesrentenbriefe und 29,2 Millionen staatliche Barkredite ausgegeben wurden.

SPD. Das Roggenbrotgesetz wurde am Sonnabend vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags nach längeren Redekämpfen mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten und der drei Vertreter des Bäckereigewerbes angenommen. Der Kernpunkt des Gesetzes, der Verkauf nach Gewicht, fand eine Mehrheit trotz aller Bemühungen, die insbesondere der Vertreter der Wirtschaftspartei an den Tag legte. Leider ist gegen einen Antrag der Sozialdemokratie die 60 prozentige Ausmahlung beschlossen und vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, um dem vermehrten Kleieanfall zu begegnen, eine Erhöhung des Kleiezolles bereits in nahe Aussicht gestellt worden.

Den Zweck, einen erhöhten Roggenverbrauch herbeizuführen, wird das Gesetz nur dann haben, wenn das Roggenbrot gut ist und wesentlich billiger als das Weizengebäck.

SPD. Auf Grund der vom Reichstag erteilten Ermächtigung hat der Reichsfinanzminister bestimmt, dass Anmeldungen zur Ausfuhr von Roggen und Roggenschrot mit dem Anspruch auf Erteilung von Einfuhrscheinen vom 5. Juli ab nicht mehr zulässig sind.

SPD. Dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist es gelungen, bei der Reichsbahngesellschaft eine Frachtsubvention durchzusetzen. Es sollen Kohlenausnahmetarife nach den deutschen, belgischen und holländischen Seehäfen im Ausmass von etwa 30 bis 40% ermässigt werden. Unter die neue Ermässigung fallen nur zusätzliche Frachten.

Bessere Ernteaussichten.

(Berliner Getreidebörse vom 28.Juni.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Sonnabend bei schwachem Wochenendbesuch sehr ruhigen Verkehr. Massgebend für die Stimmung waren einmal die infolge der letzten Regenfälle wesentlich gebesserten Ernteaussichten und ferner enttäuschende Auslandsmeldungen. Das Angebot in promptem Weizen und Roggen war dabei keineswegs besonders reich. Trotzdem konnte Weizen bei geringer Nachfrage seinen Preisstand kaum behaupten, während Roggen von den alten Stützungsstellen aufgenommen wurde. Auch für neuen Roggen war die Nachfrage nicht gross, während sich für neuen Weizen etwas mehr Interesse zeigte. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei stillem Geschäft die Notierungen eher etwas abgeschwächt. Der Mehlmarkt verkehrte weiter in lustloser Haltung. Das Angebot an billigem Roggenmehl blieb weiter gering. In Hafer erfolgten nur wenige Umsätze zu letzten Preisen.

	27.Juni	28.Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	287 - 292	285 - 290
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	170 - 186	170 - 186
Hafer	147 - 156	147 - 156
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,00-41,00	33,00-41,00
Roggenmehl	22,50-25,25	22,50-25,25
Weizenkleie	7,75- 8,25	7,90- 8,40
Roggenkleie	7,75- 8,00	7,75- 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 285-285½ Geld (Vortag 287), September 257 (258), Oktober 258-259 Geld (259½). Roggen Juli 168½ (Vortag 169), September 172 plus Brief (173), Oktober 174 (175). Hafer Juli 161-160 3/4 (Vortag 162), September 162 Geld (163½), Oktober 166½ (167).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 28.Juni: I. 140 Mark, II. 130 Mark, III. 114 Mark je Zentner. Tendenz fest.

SPD. Der Siemenskonzern hat jetzt auch in der Tschechoslowakei Fuss gefasst. Die tschechoslowakische Regierung hat die behördliche Genehmigung zur Gründung einer neuen Gesellschaft "Elektrotechna A.G. für Schwachstromtechnik" mit einem Kapital von Kc. 16 Millionen und dem Sitz in Prag erteilt. Gründer sind die Tschechoslowakische Agrar-Bank und die Mährische Bank, die zu gleichen Teilen 51 % des Aktienkapitals übernehmen, während die Siemens & Halske A.-G. den Rest erhält. Die neue Gesellschaft wird ihre Fabrikation in den in Prag-Karolinenthal und Prelouc gelegenen Fabriken betreiben. Dem Verwaltungsrat der "Elektrotechna A.-G. für Schwachstromtechnik" werden auch Vertreter des Post-, Eisenbahn- und Kriegsministeriums angehören.

Deutscher Reichstag

186. Sitzung vom 28. Juni 1930, 10 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums die erste Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz und zum Altrentnergesetz. Nach der Vorlage sollen Neuanträge von Kriegsteilnehmern auf erstmalige Bewilligung einer Versorgung und Rechtsansprüche auf Neufeststellung der Rente wegen einer bisher nicht geltend gemachten oder anerkannten Gesundheitsstörung nicht mehr geltend gemacht werden können.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald weist darauf hin, dass die Vorlagen schon von seinem Amtsvorgänger vorbereitet sind und damit den früher geäusserten Wünschen des Reichstags Rechnung getragen wird. Mit den Novellen wird an der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nichts geändert. Es sollen damit die Versorgungsbehörden nur befreit werden von der Bearbeitung gänzlich aussichtsloser Anträge, die erst zwölf Jahre nach dem Kriege eingehen. Andere Staaten, auch die reichen Siegerstaatem, sind mit solchen Vorlagen schon längst vorgegangen. Der Haushalt ist aufgestellt worden unter der Voraussetzung, dass der Reichstag den Novellen zustimmt. Die Regierung bittet um schnelle Verabschiedung der Vorlagen.

Von den Kommunisten ist ein Misstrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eingegangen. Bei der dann folgenden Aussprache über den Haushalt des Arbeitsministeriums wird zunächst das Kapitel Sozialversicherung behandelt unter Ausschluss der Krankenversicherung, weil die Novelle zur Krankenversicherung noch nicht vorliegt.

Abg. Karsten (Soz):

Sehr zu Unrecht sind die übrigen Zweige der Sozialversicherung, die neben der Arbeitslosenversicherung noch bestehen, stark in den Hintergrund bei der Beratung gedrängt worden. Besonders bei der Invalidenversicherung werden in den nächsten Jahren Schwierigkeiten auftreten. Ich vermisse in dem Programm des Ministers, das ein ausgesprochenes Sparprogramm ist, Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung, in denen ein furchtbares Durcheinander an Organisation herrscht. In Deutschland existieren 8.000 Krankenkassen, von denen die kleineren ständig mit dem Defizit kämpfen. Die aus rein politischen Motiven vor dem Kriege neben der Invalidenversicherung geschaffene Angestelltenversicherung muss mit der Invalidenversicherung vereinigt werden. Hier liegt eine der wichtigsten Vereinfachungs- und Ersparnisquellen. Die Vernachlässigung der anderen Zweige der Sozialversicherung zugunsten der Arbeitslosenversicherung soll sogar soweit getrieben werden, dass Kürzungen zugunsten der Arbeitslosenversicherung in ihren Einnahmen vorgenommen werden sollen. Es handelt sich da besonders um die Aenderung der Lex Brüning. Man hat aus den Lohnsteuerüberschüssen, die der Invalidenversicherung zufliessen sollen einen Betrag herausgenommen und ihn der Arbeitslosenversicherung gutgeschrieben Das ist ein unmögliches Verfahren, weil in den nächsten Jahren dieselben Zustände in der Invalidenversicherung herrschen werden, wie heute in der Arbeitslosenversicherung. Die Unfallversicherung muss reformiert werden. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter muss als Berechnungsgrundlage der tatsächliche und nicht ein Durchschnittslohn gelten, weil die landwirtschaftlichen Arbeiter sonst lächerlich geringe Unfallrenten erhalten. Es ist ebenso ungerecht, dass die Unfallrentner ihr ganzes Leben lang die Renten auf Grund des Lohnniveaus erhalten, das z.Z. ihres Unfalles bestand. Der Redner weist zahlenmässig an Beispielen nach, dass Rentenempfänger, die vor längerer Zeit verunglückt sind, völlig unzureichende Renten erhalten. Im Hauptausschuss des Reichstags hat der Minister versprochen, eine Besserung durchzuführen, und ich hoffe, dass er sein Versprechen spätestens bis zum Herbst einlöst. Wir verlangen ein erweitertes

Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Unfallversicherung. Jetzt steht Arbeitnehmern nur der Klageweg zur Anfechtung von Rentenentscheidungen offe. Die Invalidenrenten sind durchweg viel zu niedrig und müssen erhöht werden. Renten von 38 Mark im Monat sind unzureichend. Eine bessere Einstufung der L. klassen in der Invalidenversicherung muss eingeführt werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass selbst die Arbeiter mit dem höchsten Lohn nur bis zum Maximum von 36 Mark Wochenlohn versichert werden. In der Angestelltenversicherung ist das Versicherungsmaximum viel höher. In vielen Industrien sind bis zu 95% der Arbeiter unterversichert. Abgesehen davon, dass höhere Renten eingeführt werden müssen, wären viele Mehrverdiener in der Lage, zur Aufbringung der für die Invalidenversicherung erforderlichen Mehreinnahmen beizutragen. Die Kontrolle der richtigen Beitragszahlung wird in der Invalidenversicherung sehr lax gehandhabt. Auf dem Lande werden die Arbeiter durchweg unterversichert und um ihre berechtigten Ansprüche betrogen. Wir haben Anträge zur vereinfachten Regelung des Beitragswesens in der Unfall- und Invalidenversicherung gestellt und bitten um Annahme. Die Leute, die ihre Arbeitspflicht ihr Leben lang erfüllt haben, haben es nicht verdient, mit Hungerrenten ihr Leben fristen zu müssen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Soth (Dnat) verlangt Erhöhung der Beträge im Etat des Arbeitsministeriums für die Siedlung im Osten. Die Landflucht aus den Ostprovinzen ist grösser als die Neuansiedlung. Die Gutsbesitzer erhalten von den Siedlungsverbänden zu geringe Preise für ihr Land. (Widerspruch links) Die Landlose für die Bauernsiedlung sind meist zu klein, um die Rentabilität zu gewährleisten.

Abg. Frau Schröder (Soz.)

Da Abg. Soth sich so warm für eine vernünftige Bevölkerungspolitik eingesetzt hat, hoffe ich, dass er uns helfen wird, eine unerträgliche bevölkerungspolitische Verschlechterung im Etat des Arbeitsministeriums zu beseitigen. Im Kapitel 2 Tit. 6 ist ausgerechnet der Betrag von 32 Millionen für Familienwochenhilfe auf 15 Millionen herabgesetzt worden. Vor Jahren hat der Reichstag beschlossen, dass den Krankenkassen die Hälfte dieser Leistungen zurückgezahlt wird, um ihnen diese ausserordentlich schwere Aufgabe zu erleichtern, die als bevölkerungspolitische Sache eigentlich Sache des Reiches wäre, Unsere Fraktion hat wiederholt gefordert, dass die gesamten Ausgaben für Familienwochenhilfe den Krankenkassen zurückgegeben werden. Statt dessen soll die Beihilfe jetzt noch auf die Hälfte herabgesetzt werden. Im Ausschuss hat der Minister auf meine Frage erklärt, es könne nicht so sehr ins Gewicht fallen, wenn den Krankenkassen 10 Millionen genommen werden. Ob es mit 10 Millionen getan sein wird, ist mir sehr zweifelhaft. Dieser Rückerstattung an die Krankenkassen ist es mit zu verdanken, dass trotz Krieg, Inflation und aller Not die Säuglingssterblichkeit in Deutschland zurückgegangen ist. Die Krankenversicherung hat 1927 für Wochen- und Familienwochenhilfe 72.500.000 Mark ausgegeben und neben 274.666 versicherten Frauen 501.423 Familienangehörigen von Versicherten diese Hilfe gewährt. Wird jetzt der Zuschuss gekürzt, so müssen die Krankenkassen die Hilfe einschränken, oder die für die Volksgesundheit so notwendige Fürsorge für Genesung und Erholung verschlechtern. Eine solche Einschränkung ist bei aller Finanznot nicht zu rechtfertigen. Warum spart man nicht bei anderen Ausgaben, etwa beim Wehretat, wo meine Fraktion Abstriche von 100 Millionen beantragt hat? warum musste da alles bewilligt werden, während in einer so ausserordentlich wichtigen Frage des deutschen Nachwuchses 15 Millionen gespart werden sollen. Ein nichtsozialistisches Blatt, das "Magazin der Wirtschaft" schreibt: "Die Mutterschaftshilfe sollte in einem zivilisierten Lande eigentlich nicht Gegenstand von Sparmassnahmen sein, am allerwenigsten in einem Lande, in dem der Geburtenstreik ein so grosses Ausmass anzunehmen droht, wie in Deutschland." Gewiss haben wir in Deutschland eine Geburtenregelung gerade in den wertvollsten Arbeiterschichten, die nicht nur leben sollen, um zu essen, zu trinken und zu schlafen, sondern die sich kulturell emporarbeiten und nur soviele Kinder in die Welt setzen wollen, wie sie einigermassen hoffen können,

sie zu kulturell wertvollen Menschen zu erziehen (Sehr wahr! bei den Soz.) die Regierungsparteien sich nicht entschliessen können, selbst in einer solc Zeit den barbarischen § 218 mit seinen katastrophalen Folgen für zahlreiche milien abzuändern, dann hat die zitierte Bemerkung vollauf recht. Nicht mit Zwangsmassnahmen, sondern nur, indem man die Geburten materiell erleichtert, k man, wenn überhaupt, den Geburtenrückgang einschränken. Der Zentrumsabgeordne Joos hat das Verlangen nach Abschwächung des § 218 als Kulturbolschewismus bezeichnet. Nun, es sind auch sehr viele katholische Frauen, die nicht glauben, verantworten zu können, in dieser Zeit noch mehr Kinder in die Welt zu setzen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Noch immer ist der Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz auf die Landarbeterinnen und Hausgehilfinnen nicht ausgedehnt, obgleich am 24. April 1929 hi ohne Widerspruch eine Ausschussentschliessung mit dieser Forderung angenomm worden ist. Die Notwendigkeit dieser Ausdehnung ist schlagend nachgewiesen dadurch, dass die Säuglingssterblichkeit nicht in den Städten, sondern auf de Lande am grössten ist: in Berlin 7,8%, in Ostpreussen 10,1, in Westpreussen11, in Mecklenburg-Schwerin 10, in Mecklenburg-Strelitz 11,1% (Hört! Hört! links). Die Säuglingssterblichkeit der unehelich Geborenen beträgt im Reichsdurchschnitt 14,8%, aber in den ländlichen Gebieten über 19%. Auch die Kinderarbeit ist in der Landwirtschaft noch sehr verbreitet. Ist es denn zu rechtfertigen, dass in einer Zeit, wo so viele Erwachsene arbeitslos sind, die Schwächsten zur Arbeit gezwungen werden? (Lebh. Zustimmung der Soz.)

Wir fordern, dass die Streichung an der Invalidenversicherung nicht gemacht und dass nicht nur 1 Million, sondern 4 Millionen für die Kinderspeisung bewilligt werden, In der jetzigen Not sind die Gemeinden gezwungen, die Wohlfahrtspflege einzuschränken, umso mehr muss für die Kriegskinder geschehen, von denen sehr viele jetzt bei der Schulentlassung nicht berufsfähig sind, weil sie nicht gut genug ernährt worden sind. Wir appelieren nicht an die Partei des Herrn Mönke, dessen gestrige Rede darauf hinaus lief, dem einen Wohlstand, dem anderen der Hunger, aber an die Regierungsparteien, besonders an die, die hier immer für eine zahlreiche und gesunde Nachkommenschaft eintreten, sie fordern wir auf, uns zu helfen und die nötigen Mittel dafür auch bereitzustellen. (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. Gräf-Dresden (Kom): Die Reichspost erhält für den Vertrieb der Invalidenversicherungsmarken 8,4 Millionen oder 47 Pf. pro Kopf der Versicherten und 10,6 Millionen für Auszahlung von Renten. (Hört! Hört! links). Für Bearbeitung der Invalidenversicherungsakten ausserhalb der Dienststunden erhalten höhere Postbeamte Nebenverdienste bis zu 9.500 Mark (Hört! Hört! links). Die Unfallzahlen sind von 1928 bis 1929 um das Fünffache gestiegen, die Entschädigungen sind gefallen. Grosse Teile der Arbeiterschaft sind nicht in die Unfallversicherung einbezogen. Die Berufskrankheiten werden nur anerkannt, wenn sie nicht zu viel kosten. Der graue Star der Glasbläser ist trotz eines Versprechens des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers nicht als Unfallfolge anerkannt worden (Hört! Hört! links) Die Spruchpraxis der Versicherungsbehörden und Vertrauensärzte beraubt die Versicherten ihrer Renten. Die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz beraubt 70% der Rentenempfänger ihres Revisionsrechts beim Reichsversorgungsgericht.

Abg. Freidel (Wp): Kein Staat der Welt, auch Russland nicht, hat eine derartige Höhe der Sozialausgaben, dass das Wirtschaftsleben zusammenzubrechen droht. (Lärm u. Widerspruch bei den Kom) Weitere Erhöhungen der Beiträge und Leistungen sind untragbar. Der Mittelstand hat in der Inflation ein ungeheures Notopfer gebracht; man soll die Notopfer nicht immer von der Wirtschaft, sondern von anderen Ständen verlangen. Ein grosser Teil der Arbeitslosen will gar keine Arbeit, sondern Unterstützung von der staatlichen Futterkrippe. (Zuruf des Abg. Gräf (Kom): Unerhörte Gemeinheit! Schweinerei! - Abg. Gräf erhält zwei Ordnungsrufe. - Abg. Geschke (Kom): Warum erhält der Redner keinen Ordnungsruf? Präsident Löbe: Das überlassen Sie mir. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Hundert

tausende wollen in Deutschland nicht arbeiten. (Zuruf der Komm.: Dazu gehö Sie!) Die Innungskrankenkassen, gegen die von links dauernd gehetzt wird, l sten mehr als die Ortskrankenkassen. (Widerspruch links) Sie müssen erhalte bleiben, und ihre Zusammenlegung darf nicht vom Preussischen Wohlfahrtminis um immer erschwert werden. Bei der Siedlung wird die Privatbauwirtschaft zugunsten der sogenannten gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften benachteilig Beim Versorgungsetat muss gespart werden. Die Arbeitslosenversicherung schi weit über das Ziel hinaus. (Widerspruch links) Wir verlangen produktive Ausg staltung der Arbeitslosenversicherung. Die Unterstützungen der Bauarbeiter sollte man lieber als zinslose Hypotheken zum Wohnungsbau geben. Das Heer de jugendlichen Arbeitslosen sollte durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht ve mindert werden. (Abg. Torgler (Kom): Wie sich der kleine Moritz die Beseitig der Arbeitslosigkeit vorstellt! - Heiterkeit) Ich habe die besten Erinnerung an meine Militärdienstpflicht (Zuruf von den Kom.: Sie sind ein Geniesser! - Heiterkeit) Die jugendlichen Arbeitslosen müssen wieder Ordnung und Unterordnung lernen (Ironische Zurufe links).

Abg. Frau Arendsee (Kom): Sie von der Rechten sitzen schon an der Futterkrippe der Ausbeutung der Arbeiter, Sie brauchen sich nicht nach der Futterkrippe zu drängen und können die Arbeitslosen noch verhöhnen. Wer zahlt denn die hohen Beiträge zur Sozialversicherung anders als die Arbeiter? Sie bereichern sich noch an rückständigen Beiträgen. (Lärm und Widerspruch rechts). Der Abbau der Wochenhilfe wird von den Sozialdemokraten nicht ernsthaft bekämpft. Nur 20 von den 8.000 Kassen gehen über die Regelleistungen bei der Wochenhilfe hinaus. Der Minister hat behauptet, die Kassen würden die Wochenhilfe nicht abbauen; sie werden eben nur noch die Regelleistungen geben.

Abg. Lipinski (Soz.):

Am 20. Dezember ist durch die Annahme der Richtlinien zum Wohnungsbau der Umfang der Wohnungsnot festgestellt worden. Die Wohnungsnot hat sich aber seitdem noch vergrössert. Es wird oft so dargestellt, als ob heute die Wohnungsnot keine so dringende Frage mehr sei, weil infolge der wirtschaftlichen Not viele Familien keinen Anspruch auf neue und gesunde Wohnungen mehr erheben können. Das ist ein grosser Irrtum, weil die sittlichen und hygienischen Gefahren der Wohnungsnot durch die Arbeitslosigkeit noch ungeheuer wachsen. Der Redner schildert Beispiele der sittlichen Verwahrlosung von Schuldkindern durch das enge Zusammenwohnen mit vielen Erwachsenen. Jetzt im Hochsommer, wo eigentlich alle Voraussetzungen für die Durchführung von Neubauten vorhanden sind, ist trotzdem die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe noch gestiegen. Die Bauarbeiter, die im Winter sowieso arbeitslos sind, fallen jetzt besonders in kleinen Gemeinden dem Gemeindeetat zur Last. Es gibt Gemeinden, wo trotz Balanzierung des Etats die Kulturausgaben unterbleiben müssen, weil eine unvorhergesehene grosse Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen zu versorgen waren. Die Frage der Geldbeschaffung spielt im Baugewerbe nicht einmal die entscheidende Rolle. Ich glaube, dass sich die Krise der Bauwirtschaft verhältnismässig leicht beheben liesse, denn die Geldanspannung der Bodenbanken geht zurück und Pfandbriefe werden in steigendem Masse gekauft. Warum wird der Baumarkt von den Banken nicht stärker gefördert? Im vorigen Jahr sind den Gemeinden die Kredite geschmälert worden. Durch Beschluss des Städtetages wurden die Gemeinden verpflichtet, die Kredite zunächst zur Umschuldung der kurzfristigen Anleihen in langfristige zu verwenden. Dadurch wird dem Baumarkt das Geld entzogen. Viele Gemeinden können jetzt erst an die Aufstellung eines Bauprogramms gehen. Die Grossbanken verwenden grosse Geldmengen zur Hypothekenumschuldung, also nicht zur Förderung des Bauwesens. Im April d.J. sind 19 v.H. weniger Baugenehmigungen erteilt worden, als im vorigen Jahre, 57 v.H. weniger Bauten in Angriff genommen worden. Das kommt daher, dass der Reichsbankdiskont zwar gesunken ist, und damit zugleich der Zinssatz für kurzfristige Zwischenkredite, aber die langfristigen Kapitalanlagen noch immer durchschnittlich 10% Zinsen erfordern. Erst kürzlich hat die Preussische Zentralhypothekenbank wieder eine Pfandbriefserie

mit 10%iger Verzinsung herausgegeben, was immer noch einen 8½%igen Hypothe zinssatz ausmacht. Offenbar warten die Auftraggeber für die Bauten immer nc auf eine Senkung dieses Zinses. Es ist erfreulich, dass Minister Dietrich ? Millionen für Belebung des Baumarktes aufbringen will. Die Umschuldung der munalanleihen erfordert 3 - 400 Millionen. Die Verzögerung der Durchführung begonnen Wohnungsbauten liegt auch an bürokratischen Hemmungen. Der Redne weist auf den Fall einer Gemeinde hin, die auf die den Gemeinden versproche Anleihenunterstützung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung vom Oktober zum Juni warten musste, obgleich es sich um einen ganz geringen Betrag hande te. Auf diese Weise kann man die Bauwirtschaft nicht ankurbeln. Den Gemeinde fallen dann auch noch die ausgesteuerten Bauarbeiter zur Last, Die Reichsrichtlienien versprechen den Gemeinen grössere Beihilfen aus Hauszinssteuerm teln für Bauzwecke. Den Gemeinden müssen beschleunigt einzelne Zuschüsse aus diesen Mitteln gegeben werden. Der Baumittelindex ist vom Januar bis jetzt nu um 9/10% gesunken, der Baukostenindex um nur 1,4%. Hier muss der Reichsarbeit minister gegen die Kartellwirtschaft im Baustoffgewerbe endlich etwas unternehmen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Dr. Hertwig-Bünger (DVP) wünscht besondere Berücksichtigung des sächsischen Baugewerbes bei der Mittelverteilung für die Ankurbelung der Bauwirtschaft. Auch die Nebenkosten der Neubauten: Baustoffrachten, kommunale Anliegerkosten usw. müssen gesenkt werden. Wir verlangen baldige Einbringung des Rahmengesetzes zur Vereinfachung des Instanzenzugs bei der Baugenehmigung durch die Behörden.

Abg. Richter - Hildesheim (Soz):

Im Siedlungsausschuss haben die Freunde des Abg. Soth stets unseren Vorschlägen zugestimmt, ich muss mich daher über seine Kritik wundern. Leider sind die Mittel für Siedlung im Etat des Arbeitsministeriums von 50 auf 25 Millionen gekürzt worden mit der Massgabe, den Rest möglichst durch Anleihen einzubringen Im letzten Jahre sind 3.302 Neusiedler und 1187 Anliegersiedler angesetzt worden. Man kann das nicht mit den Worten des Abg. Soth abtun, dass gar nichts geschehen sei, obgleich wir auch noch nicht mit diesen Zahlen zufrieden sind. Wenn er dem Grossgrundbesitz nachrühmt, dass er bei der Landlieferung seine Pflicht erfüllt habe, so wird das auch seine metallischen Gründe haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die als einmalige Ausgabe für Oedlandsiedlung eingestellten 2 Millionen müssen regelmässig in den Etat eingestellt werden. Nicht nur Bauernsöhne, wie Abg. Soth meinte, sondern in allererster Linie auch Landarbeiter kommen für die Ansiedlung in Frage, besonders die Arbeiter, die bei der Güteraufteilung arbeitslos werden. Sollen die vielleicht der Arbeitslosenversicherung anheimfallen? (Zuruf des Abg. Soth: Das will ja auch niemand.) Das geschieht aber sehr häufig. Abg. Soth hat sich gewundert, dass wir eine Grösse von 5 ha für die Landarbeitersiedlungsstelle als Minimum verlangen. Wir wollen den Landarbeiter unabhängig vom Terror und dem Druck des Unternehmers machen, wenn er arbeitslos wird. Geben Sie dem Landarbeiter die gleichen Rechte und sozialen Vergünstigungen, wie dem städtischen Arbeiter, und Sie machen ihn sesshaft und verhindern die Landflucht. Die bisher immer verlängerte vorläufige Pachtschutzregelung muss eine endgültige Form erhalten, weil die Kleinpächter, hauptsächlich Bauern von der Unsicherheit ihres Lebensunterhalts befreit werden müssen. Wir bezweifeln allerdings, dass diese Regierung fähig sein wird, diese unsere Wünsche zu erfüllen. Denn der Justizminister Bredt, dem die juristische Formulierung der endgültigen Pachtschutzordnung obliegt, gehört einerPartei an, die im Verpächterinteresse stets den wirklichen Pachtschutz bekämpft hat. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Passehl - Pommern (Soz.):

Wir stimmen der beschleunigten Verabschiedung der Novelle zum Versorgungsgesetz zu. Den Arbeitsministern der letzten Jahre, besonders unserem Freund Wissel ist es zu verdanken, dass die Beschwerden in der Versorgungsarbeit so

gut wie verschwunden sind. Im Herbst v.J. haben wir uns von dem hohen Sta. Versorgungsanstalten überzeugen können. Der Reichsfinanzminister hat heute Reichsrat erklärt, dass er auch an der Verwaltung sparen wolle. Nun sind b Reichsversorgungsgericht 10 Hilfskräfte mit einem Jahresaufwand von rund 200.000.- Mark beschäftigt. Hier könnte gespart werden. Dagegen sind die Kc für Beweiserhebung im Etat herabgedrückt und werden desto sicherer überschr ten werden, Demokratische Politiker kämpfen um eine Kostenverminderung in d. Verwaltung des Versorgungswesens. Man behauptet da u.a., dass Dr. Brecht die Kosten mit denen der preussischen Verwaltung verglichen habe. Das ist unmögl Denn ein sehr grosser Teil der Verwaltung der Preussischen Kreise wird von d sen selbst getragen. Die Versorgungsbehörden haben doch nicht nur Renten fes zusetzen, sondern nicht weniger als 10 Reichsgesetze anzuwenden. Sie sind so ziale Behörden mit fürsorgerischen Aufgaben, sie sind den Kriegsopfern zur Se te gestellt, um ihre persönlichen Verhältnisse zu prüfen und diesen Rechnung zu tragen. Man kann sie nicht mit reinen Rechnungsstellen vergleichen. Diese Behörden müssen bestehen bleiben, die Vorwürfe gegen sie sind ungerecht, die persönlichen Aufwendungen betragen nur 4 - 5% der Gesamtausgaben. Es kann auch keine Rede davon sein, die Versorgungsstellen irgend welchen anderen Behörden anzugliedern. Das Reich muss diese sozialen Behörden, die 38% der ganzen Reichs ausgaben verwalten, in seiner Hand behalten. Die Kritiker sollten sich einmal die Versorgungsämter, den ärztlichen Dienst, die Krankenhäuser und Erholungsheime ansehen, sie würden dabei viel lernen. Auch die grösste Sparnotwendigkeit könnte einen Abbau dieser sozialen Einrichtungen mit ihrer ungeheuren Bedeutung nicht rechtfertigen. Schliesslich hat das Versorgungswesen auch die Aufgabe, durch seine Fürsorge die Kriegsopfer, die zum Neubau des Staates beigetragen haben, zu der notwendigen Gesinnung ihm gegenüber zu bringen, und sie zu lehren was der Staat für sie tut. Die Versorgungsarbeit ist ein wichtiger Teil des Ausbaues unseres Staates zum sozialen Volksstaat. Also nicht aus falsch verstandenem Sparsinn die 3 Millionen Kriegsopfer und die ganze Staatspolitik schwer schädigen! Wir lehnen alle derartigen Forderungen auf das Entschiedenste ab. (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. Frau Dr. Matz (DVP): Die Berufsgenossenschaften wollten die Funtionäre, Angestellten und Bediensteten der Sportvereine als unfallsversicherungspflichtig erklären. Die Einsprüche des Reichsausschusses für Leibesübungen und der Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege haben zunächst einen Aufschub und die Uebertragung der Entscheidung an das Reichsversicherungsamt erreicht, Die Belastung dieser Personen, die nicht einmal ausübende Sportler sein müssen, mit den Versicherungsbeiträgen, muss verhindert werden.

Montag 13 Uhr: Bankgesetz, Versorgungs- und Ruhegehälter. Schluss gegen 16 Uhr.